Eclats DDRDA Splitter

Spuren der DDR

MOZ-Serie

par

Rita Aldenhoff-Hübinger
et
Nicolas Offenstadt

Märkische Oderzeitung

Spuren der DDR

MOZ-Serie

Artikelserie in der Märkischen Oderzeitung (MOZ),
Feuilleton publié dans la Märkische Oderzeitung (MOZ),
Frankfurt (Oder)

1. Die Spurenleser. Zwei Viadrina-Forscher erkunden Hinterlassenschaften der DDR in Frankfurt, von Frauke Adesiyan, MOZ vom 24.10.2016;

2. Eisenbahner und Märtyrer. Wie das „Jugendsekretariat Philipp Müller“ auf dem Bahngelände zu seinem Namen kam, von Nicolas Offenstadt, MOZ vom 7.11.2016;

3. Ein Kunstwerk ohne Namen. Theo Baldens Liebknecht-Kopf, von Rita Aldenhoff-Hübinger, MOZ vom 21.11.2016;

4. Kampf der Glocken. Die Frankfurter Friedensglocke erzählt ein Stück Geschichte des Kalten Krieges, von Gangolf Hübinger, MOZ vom 5.12.2016;

5. „Hier bin ich wer“. Als HO-Kommissionshändler betrieb Johannes Wehlisch ein Schreibwarengeschäft in der Berliner Straße, von Nicolas Offenstadt, MOZ vom 21.12.2016;

6. Die Seejungfrau von Hansa Nord. Im ältesten Plattenbauviertel Frankfurts wurden einst 700 000 Mark für Kunst verplant, von Rita Aldenhoff-Hübinger, MOZ vom 4.1.2017;

7. Was von den Fahnen übrig blieb. Verrostete Halterungen an Wohnhäusern künden heute noch von der sozialistischen Lust am Beflaggen, von Nicolas Offenstadt, MOZ vom 27.2.2017;

8. Emblem mit vergessener Bedeutung. Das Ähren-Logo der Kammer der Technik, von Rita Aldenhoff-Hübinger, MOZ vom 13.3.2017;

9. Die Zeitung an der Wand. Ausgaben der Prawda und Wandmalereien erinnern an die Vergangenheit der Roten Kaserne, von Nicolas Offenstadt, MOZ vom 27.3.2017;

10. Erst Bastlerbedarf, später Intershop. Eine Sicherheitstür und eine Gewerbegenehmigung zeugen von der Wirtschaftspolitik der DDR, von Rita Aldenhoff- Hübinger, MOZ vom 10.4.2017;

11. Friedensgrenze in der Halben Stadt. Plakette am früheren Clubhaus der Deutsch- Sowjetischen Freundschaft erinnert an Vertrag von Welt-Bedeutung, von Gangolf Hübinger, MOZ vom 24.4.2017;

12. Nordkorea im Frankfurter Keller. Ein Wandkalender von 1989 verweist auf die Weltfestspiele in Pjöngjang und eine schwierige Allianz, von Nicolas Offenstadt, MOZ vom 8.5.2017;

13. Politik und Heimatgefühl. Ein alter Kalender im Keller der Post erinnert an die Rolle der Bezirkszeitung «Neuer Tag», von Rita Aldenhoff- Hübinger, MOZ vom 29.5.2017;

14. Der Punk and der Eisdiele. «Boulevardpassanten» in der grossen Scharrnstrasse zeigen, was Kunst am Ende der DDR durfte, von Nicolas Offenstadt, MOZ vom 12.6.2017;

15. Kunst und Arbeit. Über das Relief am Eingang zum früheren Halbleiterwerk in Markendorf ist wenig bekannt, von Rita Aldenhoff- Hübinger, MOZ vom 26.6.2017;

16. Sozialismus in Stein gehauen. Herbert Burschik schuf viele Erich Weinerts / Einer steht fast vergessen im Lienaupark, von Nicolas Offenstadt, MOZ vom 10.7.2017;

17. Konkurrenz ums Gedenken. Denkmal Antifaschistischer Widerstand am Luxemburg-Berg war nicht unumstritten, von Rita Aldenhoff- Hübinger, MOZ vom 24.7.2017;

Die Spurenleser

Zwei Viadrina-Forscher erkunden Hinterlassenschaften der DDR in Frankfurt / Ergebnisse werden in der MOZ-Serie veröffentlicht

Von Frauke Adesiyan

Frankfurt (MOZ) **Auf die Suche nach „Spuren der DDR" gehen die Historiker Nicolas Offenstadt und Rita Aldenhoff-Hübinger in diesem Semester gemeinsam mit Viadrina-Studenten. Unter demselben Titel veröffentlichen sie im Stadtboten ihre Erkenntnisse. Heute der Auftakt über die Forscher selbst und ihr Anliegen.**

Spuren der DDR

MOZ-Serie

Spurensucher: Nicolas Offenstadt und Rita Aldenhoff-Hübinger stehen vor dem Haus der Kammer der Technik in der Fürstenwalder Straße. Foto: Heinz Köhler

Man könnte meinen, die DDR sei Geschichte, ein Fall für Bibliotheken und Archive – wenn überhaupt. Dass man sie aber auf den Straßen Frankfurts entdeckt, in verblassten Inschriften, unscheinbaren Kunstwerken oder versteckt hinter Mauern und Fenstern, das wollen Nicolas Offenstadt und Rita Aldenhoff-Hübinger ihren Studenten in diesem Semester beweisen. Der französische Gast-Professor und die Viadrina-Historikerin bieten das Seminar „Sozialismus aufbauen – DDR am Beispiel der Stadt und des Bezirks Frankfurt (Oder)" an. Im Stadtboten schreiben sie parallel über ihre Erkenntnisse.

Die „Spuren der DDR" sind keine reine Anekdotensammlung, das ist Nicolas Offenstadt wichtig zu betonen. „Frankfurt ist für uns ein Fall, um viel größere Themen zu behandeln", sagt der Wissenschaftler aus Paris. Wie die sozialistische Wirtschaft funktionierte oder was eine militarisierte Gesellschaft im Alltag bedeutete, dafür gebe es eben noch immer zahlreiche Zeugnisse. „Es ist Quatsch, zu behaupten, die DDR ist vorbei", ist Offenstadt überzeugt. Sie sei in den Köpfen genauso präsent wie im öffentlichen Raum. Seine Aufgabe als Historiker begreife er darin, eine Verbindung zwischen dieser Gegenwart und der Vergangenheit zu schaffen. „Welches Leben haben diese Spuren noch?", fragt er sich dabei. Dass die nicht automatisch für sich sprechen, sondern mit geschärftem Blick betrachtet werden müssen, gehört für ihn und seine Kollegin zum historischen Handwerkszeug. „Ohne Theorien schauen wir auf die Spuren wie ein Kurzsichtiger ohne Brille", meint er.

Die Frankfurter Beispiele gehen den zwei Historikern dabei nicht aus. Zahlreiche Plastiken und Reliefs erzählen beispielsweise heute noch über ganz unterschiedliche Rollen, die sozialistische Kunst zu verschiedenen Zeiten zu erfüllen hatte. Alte Kaufhallen geben Spuren des Alltagslebens Preis; Inschriften wie die des HO-Geschäftes Johannes Wehlisch sind Anlass für Ausflüge in die Familien- und Parteien-Geschichte. Die reine Präsenz von Gedenktafeln, etwa am Logenhaus, die man anderswo längst entfernt hat, werfen Fragen über den Umgang mit der Vergangenheit auf.

Während Nicolas Offenstadt mit großer Neugier seine neue, vorübergehende Wahlheimat erforscht und dabei begeistert auf immer neue DDR-Spuren stößt, ist Rita Aldenhoff-Hübinger die routiniertere der beiden. Sie hat bereits für das Eisenhüttenstädter Dokumentationszentrum „Alltagskultur der DDR" gearbeitet und unter anderem zum Halbleiterwerk geforscht. „Nicolas hat den fremderen Blick", erklärt sie das Besondere der Zusammenarbeit. Die Begeisterung, mit der der Gastprofessor seine Entdeckungen macht und beschreibt, erinnere sie an ihre ersten Begegnungen mit den Frankfurtern. 1994 kam sie in die Stadt und an die Viadrina. Promoviert hatte sie in Düsseldorf, danach lange in München gearbeitet. „Von seinem Entdeckergeist lasse ich mich langsam wieder anstecken", beschreibt sie ihr Verhältnis zu dem französischen Kollegen.

Weit entfernt sind die beiden Historiker davon, ein Schwarz-Weiß-Bild der Vergangenheit zu zeichnen. Schon bei ihren Recherchen erfahren sie viele Ambivalenzen. Etwa, wenn sich Nicolas Offenstadt drei Stunden lang von Walter Kreisel, Urheber zahlreicher Frankfurter Plastiken, durch dessen Atelier führen lässt. Oder bei seinem Gespräch mit Joachim Schufflitz über die DDR-Devotionalien in dessen Trödelhallen. Für Rita Aldenhoff-Hübinger ist die Frage danach, was ein Staat, ein Regime für den Einzelnen bedeutet, interessant. Eigensinn nennt sie, was dem Bürger abseits der staatlich kontrollierten und geregelten Räume bleibt. Sie interessiert, welchen Sinn jeder seinem Handeln verleiht. „Ansonsten könnten wir Parteitagsprotokolle lesen und gut ist", bringt sie die Bedeutung dieser Perspektive auf den Punkt.

Neben DDR-Spuren, die den meisten Frankfurtern zumindest vom Sehen oder Hörensagen geläufig sind, werden sich die Historiker auch mit abseitigen oder versteckten Hinterlassenschaften beschäftigen. Etwa im ersten Teil über das frühere Jugendsekretariat „Philipp Müller" in der Bahnhofstraße. Was es damit auf sich hatte, beschreibt Nicolas Offenstadt in zwei Wochen.

Eisenbahner und Märtyrer

Wie das „Jugendsekretariat Philipp Müller" auf dem Bahngelände zu seinem Namen kam

Die Aufschrift „Jugendsekretariat Philipp Müller" an einer Wand eines verfallenen Gebäudes in der Briesener Straße auf dem ehemaligen Reichsbahngelände erinnert noch heute an einen Jungkommunisten, der 1952 während einer Demonstration in Essen durch Kugeln der Polizei getötet wurde. Fotos: Nicolas Offenstadt/Archiv

Von Nicolas Offenstadt

Frankfurt. **Auf die Suche nach „Spuren der DDR" gehen die Historiker Nicolas Offenstadt und Rita Aldenhoff-Hübinger in diesem Semester gemeinsam mit Viadrina-Studenten. Unter demselben Titel veröffentlichen sie im Stadtboten ihre Erkenntnisse.**

Kennen Sie den Namen Philipp Müller? Wenn nicht, dann haben Sie nicht in der DDR gelebt oder zumindest nicht zwischen den fünfziger und siebziger Jahren. Nach seinem Tod 1952 wurde Philipp Müller sofort zum Helden des sozialistischen Staates, zahlreiche Straßen, Plätze und Kollektive wurden nach ihm benannt. In Frankfurt zeugt noch heute ein auf dem ehemaligen Reichsbahngelände gelegenes, verfallenes Gebäude in der Briesener Straße davon: Es trägt die Aufschrift „Jugendsekretariat Philipp Müller".

Warum ist es dazu gekommen? In Essen, im westdeutschen Ruhrgebiet, wurde der jugendliche Kommunist am 11. Mai 1952 während einer Demonstration durch Kugeln der Polizei getötet. Um dieses Ereignis zu verstehen, muss man den Kontext betrachten. Es war die Zeit des Kalten Krieges. In Westdeutschland schlug sich diese Auseinandersetzung in der Opposition der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gegen die Politik der Regierung in Bonn nieder. Die KPD, eine Partei, die sehr abhängig von der DDR und der Linie der UdSSR war, lehnte die Wiederbewaffnung Deutschlands im Rahmen eines Generalvertrages mit den USA, Großbritannien und Frankreich und einer westlichen Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ab. Sie plädierte mit einem sehr patriotischen Klang für die Einheit Deutschlands und appellierte an die Bevölkerung, sich gegen diese Pläne zu erheben.

Aber die Bonner Regierung benutzte den Antikommunismus, um das Modell der Westintegration zu rechtfertigen. Diese Haltung war „eines der zentralen Legitimationsmuster für das politische System" (Alexander von Brünneck). Diese Strategie führte zu einer starken Repression gegenüber der KPD, weit über die objektive Gefahr hinaus. Die Polizei verhielt sich gewalttätig gegen die Aktivisten, die Justiz wurde in vielen Fällen politisch genutzt. 1951 wurde die Organisation der jugendlichen Kommunisten, die Freie Deutsche Jugend (FDJ), sogar verboten.

Dieses Verbot hinderte die jungen Kommunisten nicht daran, ihren Kampfgeist in getarnten Gruppen zu erproben. So wurde eine „Jugendkarawane" gegen den Generalvertrag und die Wiederaufrüstung in Essen am 11. Mai veranstaltet. Obwohl die Kundgebung offiziell verboten wurde blieb ein Kern von FDJ-Angehörigen in der Stadt und demonstrierte. 2000 Personen versammelten sich am südlichen Teil der Innenstadt. Dort kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Die Demonstranten warfen Pflastersteine und Flaschen; die Polizisten, die sich eingeschlossen fühlten, eröffneten das Feuer.

Spuren der DDR

MOZ-Serie

Drei Jugendliche wurden getroffen, unter ihnen der tödlich verwundete Philipp Müller.

Philipp Müller, geboren 1931, war Arbeiter im Eisenbahnausbesserungswerk Neu-Aubing (München). Die Inschrift in der Briesener Straße in Frankfurt auf dem Gelände der Reichsbahn verwies unter anderem darauf. Philipp Müller war ein engagierter Kämpfer für den Sozialismus und aktiv in den Gewerkschaften, aber vor allem in der FDJ in München. Seine Frau, aus Ost-Berlin, war ebenfalls politisch tätig, und das Ehepaar wurde Mitglied der KPD. Wahrscheinlich wegen dieses politischen Engagements wurde Müller entlassen und 1951 Funktionär in der KPD und FDJ.

Sofort nach seinem Tod wurde Philipp Müller zum Märtyrer der sozialistischen Sache stilisiert. Ein Foto von ihm, immer das Gleiche, wurde überall in der kommunistischen Welt verbreitet, sogar als Postkarte, mit der Bildlegende: „Philipp Müller. Das erste Opfer des Generalvertrages. Ermordet am Essener Blutsonntag im Mai 1952". Philipp Müller wurde so im doppelten Sinn zur Ikone: konkret mit diesem Bild und im übertragenen Sinn als Vorbild für junge Kommunisten insgesamt. Sein Tod diente in der DDR als Beweis für die Gewalttätigkeit des westdeutschen Staates. Der Jahrestag seiner „Ermordung" wurde ein Höhepunkt in der Mobilisierung der Jugend.

Doch bleiben wir in Frankfurt. Im Mai 1953 wurde eine Kundgebung in der Stadthalle in der damaligen Oderallee (heute Buschmühlenweg) organisiert: „Wir werden den Blutsonntag von Essen niemals vergessen", betonte der Sekretär der FDJ Konrad Naumann. 1957 fand ein Fackelzug zum Todestag Philipp Müllers statt. Sein Name schrieb sich in den öffentlichen Raum ein: Der Bahnhofsplatz wurde nach ihm benannt, das Haus der Jungen Pioniere, eingeweiht im Juni 1953, ebenso wie auch zur gleichen Zeit ein Musik-Ensemble der Pioniere, mit Chor, Instrumentalgruppe und Tanzgruppe.

Die Erinnerung an und die Mobilisierung um den jungen „Helden der Revolution" war nicht nur in den politischen Kalender eingebettet, sondern auch in die alltägliche symbolische Politik der DDR. Viele Grundeinheiten der FDJ oder Jugendorganisationen trugen den Namen „Philipp Müller". So wurde am Jahrestag seines Todes 1953 dem „Personenbahnhof Junghelfer" in Frankfurt „als hohe Auszeichnung" der Name „Philipp Müller" verliehen.

In der Briesener Straße stand das Gebäude nicht weit von der 1953 neu eröffneten Berufsschule für die Reichsbahn. Für die „Jungen Eisenbahner" in Frankfurt waren die Fünfzigerjahre eine Zeit höchster politischer und wirtschaftlicher Mobilisierung, eine Zeit mehrerer „Bewegungen" und politischen Einsatz: „Jugendbrigaden machen Dampf auf" liest man als Titel in dem DDR-Band „Wir Eisenbahner am Oderstrom". Die Figur von Philipp Müller hatte hier immer mindestens eine doppelte Funktion. Einerseits war sein Tod eine klare Anklage gegen Westdeutschland und die Bonner Regierung. Andererseits diente der junge Aktivist als Vorbild für die Jugendlichen, das Vorbild des Opfers für den Aufbau des Sozialismus.

Schul-Namensgeber: Im Hauptgebäude des Karl-Liebknecht-Gymnasiums steht diese Büste. Foto: René Matschkowiak

Ein Kunstwerk ohne Namen

Theo Baldens Liebknecht-Kopf steht ohne Verweis auf Künstler und den Dargestellten im Gymnasium

Von Rita Aldenhoff-Hübinger

Frankfurt. **Auf die Suche nach „Spuren der DDR" gehen die Historiker Nicolas Offenstadt und Rita Aldenhoff-Hübinger in diesem Semester gemeinsam mit Viadrina-Studenten. Unter demselben Titel veröffentlichen sie im Frankfurter Stadtboten ihre Erkenntnisse.**

Zu den Spuren der DDR in Frankfurt gehört der Bronzekopf von Karl Liebknecht, den der weltberühmte Bildhauer Theo Balden in den 1960er-Jahren anfertigte und der heute im Eingangsbereich der Schule steht, die den Namen Liebknechts trägt.

Karl Liebknecht (1871–1919) hat immer wieder für Unruhe gesorgt – sei es zu Lebzeiten als Revolutionär, sei es als eine der wichtigsten Integrationsfiguren der DDR. Ihm wurden Denkmale errichtet, Straßen und Schulen nach ihm benannt, darunter auch das Städtische Gymnasium in der Wieckestraße. 1949 erhielt die damalige Erste Oberschule in Frankfurt diesen Zusatz. Nach der Neugründung als Gymnasium wurde 1992/96 der Name bekräftigt und 2012 nochmals besiegelt. Bei allen drei Gelegenheiten hat sich gezeigt, wie umstritten die Namenswahl war, schon 1949 gab es Alternativvorschläge. Wissenschaftler wie Max Planck, Albert Einstein oder die Gebrüder Humboldt erschienen vielen Zeitgenossen angemessener.

Dieses ambivalente Verhältnis zum Namenspatron spiegelt sich noch heute in der Art und Weise wider, wie die Plastik eines des größten Bildhauers des 20. Jahrhunderts im Eingangsbereich der Schule aufgestellt ist: Weder der Name des „Bewidmeten", wie es in der Datenbank des Brandenburgischen Landesamts für Denkmalpflege so schön heißt, noch der Name des Künstlers – Theo Balden – werden vermerkt oder erläutert. Dabei führen beide ein Stück deutscher Geschichte exemplarisch vor Augen. Karl Liebknecht stimmte im Dezember 1914, zu Zeiten großer Kriegsbegeisterung, als einziges Mitglied des Reichstags gegen die Kriegskredite. Anschließend sammelte er die Kriegsgegner innerhalb der Sozialdemokratie und Rosa Luxemburg in der „Gruppe Internationale", später Spartakusgruppe genannt, aus der am 11. November 1918 der eigenständige Spartakusbund hervorging, um sich. Bereits zum Jahreswechsel schloss dieser sich der neugegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands an. Liebknecht stellte sich in der Novemberrevolution 1918/19 der Weichenstellung für eine parlamentarische Demokratie entgegen und rief zum Widerstand auf. Nach dem „Januaraufstand" 1919 wurden er und Rosa Luxemburg von rechten Freikorpssoldaten in Berlin ermordet.

Spuren der DDR

MOZ-Serie

In der DDR war Karl Liebknecht als Kriegsgegner und Märtyrer für die Sache des Sozialismus ein Vorbild; dem Herrschaftsapparat der SED diente sein Kampf gegen die Sozialdemokratie, die die friedlichen Ziele der Arbeiterschaft verraten habe, als Legitimation der eigenen uneingeschränkten Vormachtstellung.

Der Schöpfer der Plastik Theo Balden (1904–1995) kämpfte 1933/34 im kommunistischen Widerstand; nach einer neunmonatigen Haft emigrierte er über Umwege und mit Unterstützung der britischen Royal Academy of Arts nach Großbritannien. Hier schuf er 1943 eines seiner beeindruckensten Werke, die Plastik „Kopf eines geschlagenen Juden", die heute in Buchenwald zu sehen ist. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1947 entwickelte er sich, in der Emigration beeinflusst von den avantgardistischen Werken Henry Moores, zu einem der profiliertesten bildenden Künstler und neben Fritz Cremer zum bedeutendsten Bildhauer der DDR. Sein Werk war umstritten, fügte es sich doch nicht ohne Weiteres in die Vorgaben des sozialistischen Realismus ein. Seit Mitte der 1960er-Jahre erlangte er wachsende Anerkennung und erhielt Auszeichnungen, ohne seinen individuellen Stil aufzugeben. Zu seinen offiziellen Aufträgen gehörten die Arbeiten zu Karl Liebknecht. Am bekanntesten sind das Denkmal in Luckau von 1968, wo Karl Liebknecht zwischen 1916 bis 1918 inhaftiert war, sowie die Großplastik „Karl Liebknecht – Herz und Flamme der Revolution" für das gleichnamige Forum in Potsdam von 1983. Doch gibt es darüber hinaus kleinere und feinere Arbeiten zu Karl Liebknecht, teils Vorstudien zu den großen Werken, teils eigenständige Arbeiten, wie Liebknecht mit der Friedenstaube. Der „Liebknecht-Kopf" in Frankfurts Gymnasium ist möglicherweise aus Vorstudien zum Luckauer Denkmal hervorgegangen.

Theo Balden in seinem Atelier. Foto: Galerie Hintersdorf

Die Büste, erworben vom Rat der Stadt, Abteilung Kultur, wurde anlässlich des 30. Jahrestags der Namensgebung der Schule am 23. Juni 1979 eingeweiht. Die mittlerweile als Erweiterte Oberschule (EOS) „Karl Liebknecht" firmierende, verkleinerte Schule hatte ihren damaligen neuen Standort in der Kleinen Müllroser Straße soeben erst bezogen. „Neuer Tag", Zeitung der Bezirksleitung Frankfurt der SED, berichtete am 26. Juni 1979 über die Einweihungsfeier, die aus einem hochoffiziellen Teil vormittags in der Konzerthalle und einem auf Schüler und Schule konzentrierten Teil mit Diskussionsforen nachmittags in der Schule bestand. Höhepunkt war die Enthüllung der Büste auf einem festen Sockel in der Schule.

Theo Balden war persönlich anwesend, was „Neuer Tag" unterschlug. Jürgen Barber, der langjährige Kunstlehrer der Schule, erinnert sich jedoch noch gut an diesen Tag: „Meine Frau und ich haben Balden, der damals schon sehr alt war, betreut und nachmittags mit ihm einige Stunden verbracht." Er meint, sich auch an einen Besuch in der Galerie Junge Kunst zu erinnern, die Balden noch nicht kannte, die aber Werke von ihm besitzt. Balden sei eine sehr souveräne, „leise" Persönlichkeit, sein Auftreten weltläufig gewesen. Wie anderen Emigranten, die nach Ostdeutschland zurückgekehrt seien, sei es ihm schwergefallen, sich den neuen Machtverhältnissen ein- und unterzuordnen. Auf die Frage, ob das die Zeitung bewogen habe, ihn in ihrem Bericht über die Einweihung zu ignorieren, antwortete Barber, dass sei denkbar, denn: „Man konnte ihn unmöglich übersehen!"

Theo Baldens Kunst prägt Frankfurts öffentlichen Raum bis heute. So ist nur wenige Schritte vom Karl-Liebknecht-Gymnasium entfernt in der Franz-Mehring-Straße seine (und Karl-Günter Möperts) Sandsteinskulptur „Mutter und Kind" zu entdecken. Diese Skulptur allerdings ist beschriftet und als Theo Baldens Werk gut erkennbar.

Nicht der erste Standort: Die Frankfurter Friedensglocke wurde am 27. Januar 1953 am südlichen Holzmarkt der Stadt Frankfurt übergeben. Das dazugehörige Glockenhaus ist längst abgerissen. Foto: René Matschkowiak

Kampf der Glocken

Der Frankfurter Friedensglocke erzählt ein Stück Geschichte des Kalten Krieges

Von Gangolf Hübinger

Frankfurt. **Auf die Suche nach „Spuren der DDR" gehen die Historiker Nicolas Offenstadt und Rita Aldenhoff-Hübinger in diesem Semester gemeinsam mit Viadrina-Studenten. Unter demselben Titel veröffentlichen sie und diesmal auch Gangolf Hübinger im Frankfurter Stadtboten ihre Erkenntnisse.**

Die Friedensglocke zieht die Blicke an. In einem glänzenden Edelstahlrahmen ziert sie seit 2011 Frankfurts schönste Flaniermeile, die Oderpromenade. Jeden 1. September wird sie zum Weltfriedenstag geläutet, ein mahnendes Gedenken an den Einmarsch des nationalsozialistischen Deutschland in das benachbarte Polen und den Beginn des Zweiten Weltkriegs.

Ihr erster Standort ist das nicht. In einem steinernen Glockenhaus wurde die Glocke am 27. Januar 1953 etwa zweihundert Meter flußaufwärts, am südlichen Holzmarkt, feierlich der Stadt Frankfurt übergeben. Es ist ein Ort, von dem heute, nach Abriss des Glockenhauses, keine Spuren mehr zeugen.

Mit dem Ortswechsel erfuhr die Friedensglocke einen Bedeutungswandel. Welche Bedeutung sie ursprünglich besaß, das erzählt die Geschichte, die 1952/53 ein Stück Weltpolitik nach Frankfurt brachte. Es ist eine Geschichte in zwei Akten. Der erste Akt spielt in Berlin, an der Front des Kalten Krieges, der zweite Akt, in Frankfurt, der Grenzstadt zum Völkerfreund Polen.

Zu dieser Zeit ist die Welt gespalten in Ost und West. Seit 1950 führen Russland und die USA einen Stellvertreterkrieg in Korea und halten die Menschen in Sorge, ein dritter Weltkrieg stehe bevor. Westdeutschland unterzeichnet im Mai 1952 den Vertrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und durchkreuzt Stalins Ideen eines neutralen Gesamtdeutschland. Im Juni 1952 beschließt der Hauptvorstand der Ost-CDU auf Antrag des DDR-Außenministers Georg Dertinger, ein Zeichen zu setzen und eine „Glocke der Freundschaft und des Friedens" zu stiften. Sie solle auf ihrem 6. Parteitag im Oktober in Berlin eingeweiht und anschließend an der Friedensgrenze zu Polen „dem Rat der Stadt Frankfurt übergeben werden, der sich bereit erklärt, einen würdigen Glockenturm zu errichten".

Am Mittwoch, dem 15. Oktober 1952, fand die Berliner Glockenweihe statt. Die festliche Inszenierung hatte neben der Bekräftigung des Weltfriedens „die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands" zum erklärten Ziel. Und ein Drittes proklamierten die Plakate und Banner rund um den Aufstellungsort am Bahnhof Friedrichstraße. Die Parteitagslosung, „Christen, kämpft mit der CDU für Frieden, Einheit, Sozialismus", richtete sich direkt gegen „das ‚Getriebe' um die Westberliner Glocke des Krieges und der Feindschaft". Gemeint war die in den USA gestiftete Freiheitsglocke, die am 24. Oktober 1950 im Schöneberger Rathaus erstmals zum Tag der Vereinten Nationen erklang. Ein Kampf der Glocken symbolisiert den Kampf der politischen Systeme.

Spuren der DDR

MOZ-Serie

Gleichwohl stand die CDU-Glockenaktion unter keinem guten Stern. Denn Walter Ulbricht hatte auf der 2. Parteikonferenz der SED Mitte Juli 1952 mit seiner berühmten Rede, „dass in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird", zwei Dinge klar gestellt. Den sozialistischen Aufbau plane zentralistisch die SED, und die Wiedervereinigung stehe nicht länger auf der Agenda. Der Ost-CDU waren damit alle politischen Spielräume genommen. Die Regie für den zweiten Akt, die Aufstellung an ihrem Bestimmungsort in Frankfurt (Oder), legte die SED in die Hand des ihr genehmen Deutschen Friedensrates. Georg Dertinger, der Initiator der Friedensglocke, war kurz zuvor wegen Hochverrats inhaftiert und von der Staatssicherheit nach Hohenschönhausen verbracht worden.

Der 27. Januar 1953, ein bitterkalter Tag, war bewusst gewählt. Am 6. Juli 1950 waren in Görlitz der Staatsvertrag zwischen der DDR und Polen über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze geschlossen und am 27. Januar 1951 in Frankfurt die Urkunden über die exakte „Markierung der Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen" ausgetauscht worden. Nun sollte zum zweiten Jahrestag die Friedensglocke die „feste Freundschaft zwischen dem deutschen und dem polnischen Volke zur Erhaltung des Friedens" dauerhaft bezeugen, so der Aufruf an die Frankfurter Bevölkerung, sich zahlreich zu beteiligen. Vor Ort filmte die DEFA das „Feierliche Einholen von 250-300 polnischen Freunden von der Brücke", um das historische Großereignis „in alle Welt bis nach China" zu tragen.

Auf der Großkundgebung vor dem Glockenhaus hielt der Präsident des Deutschen Friedensrates, der renommierte Biophysiker Walter Friedrich, die Festansprache. Laut Bericht der „Märkischen Union" erklärte er, „dass die friedliche Lösung der deutschen Frage ein Problem im Ringen um den Frieden in der ganzen Welt ist". Denkbar seien Einheit und Frieden jedoch nur unter sozialistischen Vorzeichen. Die polnischen Grüße überbrachte der Vizemarschall des Sejm und Rektor der Universität Wroclaw, Professor Kulczynski. Für die Stadt Frankfurt dankte Oberbürgermeister Erwin Hinze.

Im Zeichen der Friedenstaube gibt die Glocke drei Inschriften zu entschlüsseln. Eine dreiteilige Steintafel, damals an der Innenwand des Glockenhauses befestigt, heute frei stehend, verweist auf den historischen Anlass: „Der Frieden besiegt den Krieg. Aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrages über die Oder-Neiße-Friedensgrenze überreichte am 27. Januar 1953 der Präsident des deutschen Friedensrates Prof. Dr. Walter Friedrich diese Friedensglocke. Sie ist ein Symbol des Friedens und der Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk." Die Glocke selbst umzieht das Spruchband „Friede und Freundschaft allen Völkern". Gut lesbar ist auch das Signet der Ost-CDU „ex oriente pax", aus dem Osten kommt der Friede. Über Stalins Moskau hinaus blieb hier die Weihnachtsbotschaft aus dem östlicheren Bethlehem im Spiel.

Im Selbstverständnis der DDR waren die Wörter „Frieden" und „Kampf" Zwillinge. Am neuen Standort ist dieser historische Kontext nicht mehr gegenwärtig. Dabei zählt die Friedensglocke, die den kämpferischen Aufbau des Sozialismus in den Fronten des Kalten Krieges beflügeln sollte, zu den markanten Erinnerungsorten der DDR.

Prof. Dr. Gangolf Hübinger ist Senior Fellow am Center B/Orders in Motion der Europa-Universität Viadrina. Er hält einen Vortrag zu diesem Thema am Dienstag, 6. Dezember, 18.15 Uhr ,im Gräfin-Dönhoff-Gebäude, Raum 06.

Versteckte Spur: Spiegelverkehrt ist die Inschrift „Inh. Johannes Wehlisch. HO-Kommissionshandel" noch an der Innenseite des Schaufensters des ehemaligen Geschäftes in der Berliner Straße zu sehen. Das Gebäude ist dem Verfall preisgegeben. Foto: Nicolas Offenstadt

„Hier bin ich wer"

Als HO-Kommissionshändler betrieb Johannes Wehlisch ein Schreibwarengeschäft in der Berliner Straße

Frankfurt. **Auf die Suche nach „Spuren der DDR" gehen die Historiker Nicolas Offenstadt und Rita Aldenhoff-Hübinger gemeinsam mit Viadrina-Studenten. Unter dem gleichen Titel veröffentlichen sie im Stadtboten ihre Erkenntnisse. Heute die über den Händler und Politiker Johannes Wehlisch und sein Geschäft in der Berliner Straße.**

Es ist nicht einfach, diese Spur der „Arbeiter-und-Bauern Republik" zu entdecken. In der DDR dagegen war der Ort sehr bekannt. In der Berliner Straße – damals Teil der Karl-Marx Straße – ist der Zugang heute zugemauert: Von der Straße aus ist nichts zu sehen. Das Gebäude insgesamt ist im Verfall. Um das besagte Schaufenster zu sehen, muss man von hinten durch eine Öffnung ohne Fenster oder Tür hineingehen und mit einer Taschenlampe den verlassenen Raum beleuchten. Spiegelverkehrt ist dann zu lesen: „Inh. Johannes Wehlisch. HO Kommissionshandel" und: „Verkauf nur an Betriebe". HO – Kommissionshandel – Johannes Wehlisch, drei Teile der Inschrift, die es zu erklären gilt.

Ab 1948 sind Einzelhandel und Versorgung in der DDR in drei Strukturen geteilt: staatliche Handelsorganisation (HO), „Konsum" (für Konsumgenossenschaft) und private Händler. Letztere machten Mitte der 50er-Jahre 30 Prozent des Umsatzes aus. Die Gründung der HO hatte nicht nur das Ziel, den Handel zu kontrollieren, sondern auch eine „sozialistische Kultur" des Konsums zu entwickeln. Tatsächlich korrespondierte die Wirklichkeit wenig mit dem Ideal. Der Aufstand von 1953 zeugte von tiefgreifenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und wurde so zum Trauma für die Partei. Die Lücken in dem Handelsnetzwerk sollten geschlossen werden, die Privatwirtschaft sollte hierbei helfen. So entstand 1956 eine weitere Handelsstruktur, die „HO – Kommissionshandel". Sie beruhte auf Verträgen zwischen einem Privatunternehmer, der im Besitz eines Ladens und juristisch autonom blieb, und dem Staat, der die Waren durch seine

Spuren der DDR
MOZ-Serie

kommerziellen Einrichtungen besorgte. Letzterer übernahm auch einen Teil der Handelskosten und bezahlte dem Händler eine Provision. Auf diesem Wege konnten auch die Privathändler besser kontrolliert werden.

Als Johannes Wehlisch (1934 geboren) den Familienladen übernahm, entschied er sich, als Kommissionshändler zu arbeiten. Er führte so in einem neuen Kontext weiter, was seine Eltern gegründet hatten. Der Vater hatte Plakate, Lichtreklame und Schaufensterdekoration hergestellt und einen Laden in der Großen Scharrnstraße gehabt. Der Krieg wandelte das Schicksal der Familie Wehlisch: Johannes' Vater starb als Soldat an der Ostfront, die Familie musste 1945 aus der Stadt fliehen. Im Herbst war es trotzdem möglich zurückzukehren. Allein auf sich gestellt begann Charlotte Wehlisch ein neues Geschäft für Spielzeug (und später Schreibwaren) zu führen. Ein paar Jahren später wurde die Familie erneut schwer durch die politischen Ereignisse getroffen. Der Schwager von Johannes, ein Grenzpolizist, wurde beschuldigt, sich zu passiv während des Aufruhrs des 17. Juni 1953 verhalten zu haben. Er wurde ins Gefängnis nach Bautzen geschickt. Nach seiner Freilassung verließ er die DDR und ging in den Westen. Auch die Mutter folgte ihrem neuen Ehemann in die Bundesrepublik. Jetzt war es Zeit für Johannes, den Laden allein zu übernehmen. 1961 bekam er die Erlaubnis, das Geschäft selbst zu führen.

Neben seinem wirtschaftlichen ist auch das politische Engagement Wehlischs interessant. Aktiv engagierte er sich in der National-Demokratischen Partei Deutschlands und in der Stadtverwaltung. Die NDPD gehörte zu den vier Parteien, die die SED neben sich in der „Nationalen Front" zuließ. Die besondere Aufgabe der NDPD war es ursprünglich, ehemalige, nicht allzu kompromittierte Nazis und Soldaten der Wehrmacht in das neue politische Leben zu integrieren. Ihr Diskurs folgte weitgehend der Rhetorik der SED, unter Anerkennung der führenden

2005: Die damalige Geschäftsinhaberin Solveig Wehlisch im Schreibwarenladen in der Magistrale. Der Stammsitz in der Berliner Straße war zu diesem Zeitpunkt bereits geschlossen. Foto: Michael Kunze

Rolle der Arbeiterklasse, des Weges zum Sozialismus unter der Leitung der SED und der Freundschaft mit der UdSSR.

Die NDPD konzentrierte sich später mehr und mehr auf den Mittelstand, die Unternehmer und die Vertretung ihrer Interessen. Wehlisch war so ein „typisches" Mitglied der Partei. In kommerziellen Angelegenheiten war die NDPD sehr aktiv und versuchte, möglichst viel Einfluss auf die Diskussionen über Kommissionshandel auszuüben. Für ihre Mitglieder war die Partei eine Chance, Karriere zu machen, ohne in die SED einzutreten, selbst wenn die „Blockparteien" immer unter Kontrolle blieben. Wehlisch erklärt noch heute, dass seine soziale Herkunft einen Beitritt in die SED unmöglich gemacht hätten.

Alles in allem sind die Geschäfte für Johannes Wehlisch in der DDR-Zeit „sehr gut gegangen". Befragt nach seinen Aufenthalten in Westdeutschland, um die Familie zu besuchen, versicherte er 1988 gegenüber dem Neuen Tag: „Nein, mich hält da drüben nichts. Hier bin ich wer." In finanzieller Hinsicht waren die Kommissionshändler in einer besseren Lage als die übrigen privaten Einzelhändler. Für seinen Sohn jedoch hat das auch Nachteile gehabt. Dieser erinnert sich noch heute gut daran, wie er von anderen Kindern „als Sohn eines Kapitalisten" zurückgewiesen wurde.

Zusammenfassend ist dies die Geschichte eines Paradoxes, nämlich die eines „Privatunternehmers", der sehr gut in das Regime integriert war.

Die Seejungfrau von Hansa Nord

Im ältesten Plattenbauviertel Frankfurts wurden einst 700 000 Mark für Kunst verplant

Von Rita Aldenhoff-Hübinger

Frankfurt. **Auf die Suche nach „Spuren der DDR" gehen die Historiker Nicolas Offenstadt und Rita Aldenhoff-Hübinger in diesem Semester gemeinsam mit Viadrina-Studenten. Unter dem gleichen Titel veröffentlichen sie im Stadtboten ihre Erkenntnisse. Heute über die Bedeutung der Kunst im Neubauviertel Hansa Nord.**

Unterwegs in Hansa Nord, auch kurz „Nord" genannt, stößt man auf ein verblassendes Zeichen, das sich über dem Durchgang zwischen der Warschauer Straße 14 und 15 befindet. Ist es aufgemalt oder fester Bestandteil der Betonplatten? Und was stellt es überhaupt dar? Wer ist der Schöpfer? In welchem Kontext ist es entstanden und worauf verweist es?

Spuren der DDR

MOZ-Serie

Schnell ist festgestellt, dass es sich um ein Wohngruppenzeichen mit dem Wahrzeichen und Stadtwappen von Warschau, der „Syrena" (Seejungfrau mit Schwert), handelt, welches der in Frankfurt gebürtige und hier tätige Künstler Rudolf Grunemann (1906–1981) 1976 schuf. Grunemann, der schon zu Lebzeiten durch eine Ausstellung des Stadtarchivs zu seinem grafischen Werk geehrt wurde, prägte das Nachkriegsfrankfurt wie kein Zweiter durch seine Arbeiten der baugebundenen Kunst. Ob das Rathaus oder die Milchbar in der Magistrale, Grunemanns Werken begegneten die Frankfurter überall. Am bekanntesten ist bis heute seine Gestaltung der beiden Flügel des Lichtspieltheaters der Jugend mit den Motiven Industrie und Landwirtschaft von 1955. In Nord gibt es heute noch diese Spur von ihm, die Warschauer „Syrena".

Nach der Gründung des Halbleiterwerks 1959 wurden in Frankfurt planmäßig Arbeitskräfte aus der gesamten DDR herangezogen. Die Stadt begann im Rhythmus des Werks zu wachsen. Wohnungsmangel blieb bis in die frühen 1970er-Jahre hinein ein großes Thema, auch nachdem die Kriegszerstörungen weitgehend beseitigt worden waren. Bislang waren die staatlichen Investitionen hauptsächlich in die Industrialisierung geflossen, die Schwerindustrie, wie in Eisenhüttenstadt, oder in die Zukunftsindustrie, das Halbleiterwerk. Zu Beginn der 1970er-Jahre aber war klar, dass die bisherige notwendige Bevorzugung von Industrieinvestitionen nicht mehr zu halten war, sondern dass es erheblichen Nachholbedarf bei der Verbesserung der Lebensqualität gab. Dabei spielte die Bereitstellung von neuem Wohnraum eine zentrale Rolle; nicht zufällig warb die SED nach ihrem VIII. Parteitag von 1971, auf der die Wende zur Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik vollzogen wurde, mit einem Plakat vom Plattenwohnungsbau: „Das Programm des VIII. Parteitages – unser Kompass für ein glückliches Leben!" Die künstlerische Ausgestaltung der zu schaffenden Wohngebiete hatte in diesem Programm einen festen Platz.

In Frankfurt hatte man bereits 1969 die ersten Pläne für das Neubaugebiet Nord entwickelt. Es wurde Frankfurts erstes Neubaugebiet, vor der Halben Stadt und Neuberesinchen. Parallel zur eigentlichen Bauplanung entstanden die Entwürfe für eine künstlerische Gestaltung des neuen Viertels, für die die stattliche Summe von über 700 000 Mark veranschlagt wurde, wie Unterlagen im Stadtarchiv dokumentieren. Eine Gruppe von Künstlern und Architekten erarbeitete im Auftrag des Rats der Stadt seit 1969 und unter Leitung des Stadtarchitekten weitreichende Pläne mit Brunnenanlage und aufwendigen Mosaiken, die die Warenzirkulation innerhalb der sozialistischen Staaten darstellen sollten; die Zugänge zum zentralen Platz sollten terrassenförmig gestaltet werden, mit einer Wasserachse zwischen Platz und Klingetal und so das Thema Wasser und „Hanse" variieren. Für die künstlerische Gestaltung war die Aufstellung von Einzelwerken vorgesehen. Hervorzuheben sind die „Hansekogge" aus Sandstein (1979) und die Sandsteinskulptur „Städtefreundschaft" (1982), die noch heute an prominenter Stelle in dem an Kunstwerken so reichen Stadtviertel zu sehen sind. Sie verkörpern die beiden Leitmotive für das Neubaugebiet, wobei die Hanse für die wirtschaftlichen Beziehungen im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) steht.

Verblasst: Die „Syrena" an einem Plattenbau in der Warschauer Straße. Foto: Rita Altenhoff-Hübinger

Neben diesen Einzelwerken war die baugebundene Kunst für die Gestaltung des Raums maßgeblich. Eine der letzten Spuren davon ist die „Syrena" in der Warschauer Straße. Bereits die frühen Pläne sahen fünf Wohngruppenzeichen vor, die Symbole von sozialistischen Partnerstädten tragen sollten. 1976 brachte Rudolf Grunemann die „Syrena" in der Warschauer Straße und weitere, heute nicht mehr erhaltene Raumfahrtmotive in der Moskauer Straße an. Verwendet wurde eine neue Methode. Im Plattenwerk in Eisenhüttenstadt, das für die Neubauten in Frankfurt zuständig war, wurden direkt bei der Fertigung der Platten Schablonen eingelassen, in diese Bereiche trug der Künstler dann an Ort und Stelle den mit Farbe gemischten Plastputz auf. Zieht man ursprüngliche Entwürfe Grunemanns dazu, mit intensiv leuchtenden Farben, bekommt man einen Eindruck davon, wie die heute verblichene „Seejungfrau" vor 40 Jahren ausgesehen haben muss.

Die „Syrena" Warschaus als Wohngruppenzeichen in Hansa Nord verweist bis heute auf den politischen Willen von damals, die Idee des sozialistischen Wohnens ästhetisch zu fördern und Kunst in den Alltag einzubeziehen.

Was von den Fahnen übrig blieb

Verrostete Halterungen an Wohnhäusern künden heute noch von der sozialistischen Lust am Beflaggen

Von Nicolas Offenstadt

Frankfurt. **Auf die Suche nach „Spuren der DDR" gehen die Historiker Nicolas Offenstadt und Rita Aldenhoff-Hübinger gemeinsam mit Viadrina-Studenten. Unter dem gleichen Titel veröffentlichen sie im Stadtboten ihre Erkenntnisse. Diesmal sind die Halterungen für Fahnen an Wohnhäusern Ausgangspunkt der Recherche.**

Wer gewohnt ist, in ehemalige sozialistische Länder zu reisen, bemerkt oft diese Art verrosteter und offener Rohre an öffentlichen Gebäuden, Häusern und Straßenlaternen. Es handelt sich um Fahnenträger, die in Frankfurt unter anderem am Bruno-Peters-Berg zu sehen sind. Die Plattenbauten dieses Viertels gehören zu dem großen Wohnungsensemble Halbe Stadt, das in den Jahren 1972 bis 1978 gebaut wurde. Die Wohnungsbaupolitik dieser Zeit stand für eine neue soziale Politik, die sich vor allem an der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung orientierte.

Spuren der DDR

MOZ-Serie

Anstelle der sehr geringen Bebauung des Geländes entstand ein ganzer Komplex, der eine Verbindung zum Stadtzentrum herstellen sollte. Manfred Vogler, der Stadtarchitekt Frankfurts, betonte diesen Aspekt: „Das Wohngebiet erhält kein geschlossenes Komplexzentrum, sondern wird räumlich auf das Stadtzentrum orientiert". Es handelt sich um Punkthochhäuser sowie 11-geschossige P2 Wohnscheiben, wie hier für den Bruno-Peters-Berg.

Die komplette Rekonstruktion des Geländes führte auch zu einer neuen Organisation des Verkehrs, mit neuen Wegen und Straßen. So wurde 1976 der Bruno-Peters-Berg eingeweiht. Der Name hatte eine hohe Bedeutung für Frankfurts Geschichte. Denn Bruno Peters (1884-1960) war eine Schlüsselfigur in der Meistererzählung der Arbeiterbewegung der Stadt. Sein Name wurde oft in der lokalen Geschichtsschreibung der DDR gewürdigt, vor allem wegen seiner Rolle als Vorsitzender des Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrates am Ende des Ersten Weltkriegs. Von Beruf Werkzeugmacher und Mechaniker engagierte sich Bruno Peters in den Gewerkschaften und trat 1908 der SPD bei. Während des Weltkriegs schwamm er mit der Anti-Kriegs-Minderheit und den Spartakisten gegen den Strom, besonders in Frankfurt. Mehrfach wurde er, der seit 1919 Mitglied der Kommunistischen Partei war, von den Nazis verfolgt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war der Ingenieur bei der Reichsbahn noch in der SED aktiv.

In „seiner" Straße sind die Fahnenträger auf die Betonsäulen eines Vorbaus fixiert. Flaggen haben in der Geschichte der Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert nicht nur eine dekorative Funktion. Sie sind vielmehr ein Symbol für die Anerkennung der Sache der Arbeiterschaft. Sie mobilisieren die Aktivisten und die Mitläufer und wirken an der Besetzung des öffentlichen Raumes mit.

Der Gebrauch der Fahne verbreitete sich in der Arbeiterbewegung, man kann von einer wahren „Industrie der Fahnen" sprechen (J.F. Fayet). Im stalinistischen Russland fand diese Entwicklung ihren Höhepunkt. Im 19. Jahrhundert war bereits Rot die dominierende Farbe unter den Fahnen des Sozialismus, mit der auf das Blut der Unterdrückten und die sozialen Kämpfe verwiesen wurde.

In den öffentlichen Räumen der DDR spielte auch diese Farbe immer die erste Rolle: Die SED hatte für alle ihre Grundorganisationen rote Fahnen mit jeweiligen Inschriften geschaffen. Viele Massenorganisationen wählten ebenfalls rote Flaggen. Neben der Flagge der DDR waren oft auch auf der Straße einfache rote Fahnen und Wimpel zu sehen. Jetzt übernahmen die Flaggen die Dimension, die Macht zu legitimieren. Hermann Matern, alter Kämpfer und Mitglied des Politbüros, drückte es so aus: „Die rote Fahne war stets das Zeichen des Kampfes der unterdrückten Arbeiter gegen ihre Ausbeuter und ist heute bereits in vielen Ländern das Banner des Sieges der Werktätigen geworden" (1952). Darüber hinaus trugen rote Fahnen in der DDR bildliche Darstellungen von Personen, wie des Präsidenten Wilhelm Pieck oder von Ernst Thälmann, was vorher in der deutschen Arbeiterbewegung nicht üblich gewesen war.

Rostige Relikte: An den Plattenbauten am Bruno-Peters-Berg sind bis heute die Halterungen zu sehen, in denen an Gedenk- und Feiertagen DDR-Flaggen oder rote Fahnen gesteckt wurden. Foto: Heinz Köhler

Bei den Gedenkfeiern, Staatsfeiertagen, Parteitagen und Festspielen fiel den Fahnen – getragen oder fixiert – eine wichtige Rolle zu. Üblich war bei diesen Gelegenheiten die Beflaggung öffentlicher Gebäude, Häuser und Straßen, daher unsere heutige „Spur" auf dem Bruno-Peters-Berg. Solche Standardfahnen für Gebäude wurden aus Dederon oder Baumwollgewebe hergestellt.

Alle diese politischen Veranstaltungen wurden im Voraus präzise geplant. Die Gestaltung und die Ausschmückung des öffentlichen Raums waren detailliert vorgesehen. In den Archiven findet man oft Entwürfe und Aufzeichnungen mit den Plätzen für Fahnen und Wimpel, und manchmal sogar die Farbgebung dazu.

Tatsächlich strukturierte die Präsenz der Fahnen auch den Alltag in der DDR, bei den Fahnenappellen in der Schule oder während des Ferienlagers, bei den Werktätigen und Organisationen, zum Beispiel mit den Auszeichnungsfahnen oder Wanderfahnen, die für hervorragende Leistungen temporär verliehen wurden. Viele davon sind jetzt Sammlerstücke geworden, aber die Befestigungen sind noch kleine öffentliche Zeugnisse dieser von Emotionen und Symbolen getragenen politischen Mobilisierung der Bevölkerung.

Emblem mit vergessener Bedeutung

MOZ-Serie: Das Ähren-Logo der Kammer der Technik prangt noch an zwei Stellen in der Stadt

Von Rita Aldenhoff-Hübinger

Frankfurt. Auf die Suche nach den „Spuren der DDR" gehen die Historiker Ni- colas Offenstadt und Rita Aldenhoff-Hübinger gemeinsam mit Viadrina-Studenten. Unter dem gleichen Titel veröffentlichen sie im Stadtboten ihre Erkenntnisse. Heute wird die Geschichte hinter dem einstigen Logo der Kammer der Technik beleuchtet.

Nur noch an wenigen Stellen ist in Frankfurt ein Emblem zu sehen, das sicher jedem Techniker, vielleicht sogar jedem Bürger der DDR bekannt gewesen ist: das markante Symbol der Kammer der Technik. Das große T mit den beiden Buchstaben K und D darüber und der Ähre in der Mitte findet sich heute so gut und weithin sichtbar nur noch am Parkplatz an der Häuserwand eines verfallenden Gebäudes in der Ebertusstraße, dem ehemaligen Sitz des Bezirksverbandes der Kammer der Technik Frankfurt (Oder). Hergestellt aus einer speziellen Glasfasertapete für den Außenbereich, hat das Anfang der 1980er-Jahre an der Wand angebrachte Emblem die Zeit in einem gut erhaltenen Zustand überdauert.

Spuren der DDR

MOZ-Serie

Gegründet wurde die Kammer der Technik 1946 in Berlin. Nach und nach wurden vom FDGB Kammern auf lokaler, schließlich ab 1952 auf Bezirksebene eingerichtet. Die Frankfurter Kammer für den Stadtkreis gab es seit 1949. Zum Beitritt wurde die gesamte technische Intelligenz aufgerufen, Ingenieure, Techniker, Mathematiker, Physiker, Chemiker, auch Facharbeiter und Handwerker. Zu den Hauptaufgaben der Kammer gehörten die Beratung der staatlichen Institutionen in allen wissenschaftlich-technischen Fragen, die Förderung einer möglichst schnellen Überführung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die praktische Anwendung und Produktion sowie die Organisation eines stets aktuellen, umfassenden Weiterbildungssystems mit Vorträgen, Seminaren, Lehrgängen und Fachkongressen. Die Gründung der Kammern erfolgte unter dem Eindruck der erst wenige Jahre zurückliegenden nationalsozialistischen Herrschaft und des Krieges. Daher stand die friedliche Nutzung von Wissenschaft und Technik und ihr Einsatz ausschließlich für die Förderung von Zivilisation und Kultur im Vordergrund. Dafür wollte die neue, sozialistische Republik ihre technische Intelligenz auch politisch mobilisieren, um künftig, wie die „Märkische Volksstimme" am 20. Februar 1950 erklärte, „alle Möglichkeiten zum Missbrauch technischer Errungenschaften für den privaten Profit und den Krieg auszuschalten".

Das Verbandslogo, das mit der Ähre in der Mitte für Innovationen in Industrie und Landwirtschaft stand, hatte einige grafische Vorläufer, setzte sich aber spätestens ab 1955 durch. Im Alltag begegnete es allen, die Mitglied waren oder mit Technik zu tun hatten: auf Beitragsmarken, Mitgliedsabzeichen, Tagungsausweisen, sogar auf Tellern, auf Ehrenurkunden und Ehrennadeln und Ehrenplaketten, die in Gold, Silber oder Bronze von der Kammer verliehen wurden. Doch warum spielte die Kammer eine derart große Rolle, dass auch sie ein so ausgeklügeltes und abgestuftes System der Ehrenzeichen entwickelte? Auszeichnungen waren generell ein wichtiges Mittel zur Leistungssteigerung in der Planwirtschaft, die wenig Aufstiegschancen und materielle Anreize bot, aber umso mehr auf Wissenschaft und Technik als „Produktivkraft" angewiesen war. So beteiligte sich die Kammer zusammen mit dem FDGB, der FDJ und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im Rahmen des „Sozialistischen Wettbewerbs" vor allem seit 1972 an der „Neuererbewegung" und der „Messe der Meister von Morgen" der bis zu 25-Jährigen. Die Heranführung Jugendlicher an Wissenschaft und Technik war ebenso zentral wie die Begeisterung von Frauen für die Technik. Bis Ende der 1980er-Jahre waren nahezu 300 000 Mitglieder in den zahlreichen Betriebssektionen DDR-weit organisiert, die ihrerseits wiederum 15 Bezirksorganisationen und zwölf Fachverbänden angehörten.

Als wichtiger Standort der Halbleiterindustrie legten Stadt und Bezirk in Frankfurt besonderen Wert auf die Einrichtung eines Ausbildungs- und Schulungszentrums für Mikroelektronik. 1985 zog es in die Ernst-Thälmann-Straße 46 (heute Fürstenwalder Str. 46) ein. Von der damaligen Ausgestaltung zeugen noch weitere „Spuren" im Flur dieses Gebäudes: Die Glasfenster mit dem Emblem der Kammer der Technik und darunter „Mikroelektronik", rechts und links davon das Emblem WTZ. Letzteres steht für die horizontale, das heißt branchenmäßige Organisation der ansonsten von oben nach unten organisierten Planwirtschaft im „Wissenschaftlich-Technischen Zentrum der Vereinigung Volkseigener Betriebe", in dessen Sparte das Halbleiterwerk ein wichtiges Mitglied war. In der Ernst-Thälmann-Straße 46 waren außer dem Schulungszentrum auch eine Gaststätte, ein Clubraum sowie eine Kegelbahn untergebracht. Für längere Fortbildungen konnte die Kammer auf ein Bettenhaus im Nachbargebäude Ernst-Thälmann-Straße 47 zurückgreifen. Später kam hier noch ein von der Kammer getragenes Hotel hinzu.

Das Emblem an der Wand des Parkplatzes und im Flur verweist heute auf die „Kammer der Technik Fortbildungs- und Umschulungs-GmbH", die als privatwirtschaftliche Organisation nach der Wende in die Räume des ehemaligen Schulungszentrums eingezogen ist. Hauptsitz ist Berlin, mit einigen Nebenstellen in Brandenburg. Sie trägt das Logo auch heute noch, an deren ursprüngliche, umfassende Bedeutung sich jedoch nur noch wenige Passanten erinnern.

An historischer Stelle: Rita Aldenhoff-Hübinger und Nicolas Offenstadt stehen im Gebäude Fürstenwalder Straße 46 unter dem Emblem der Kammer der Technik der DDR. Foto: Heinz Köhler

Kaum verblasst: Symbol am Parkplatz an der Häuserwand eines verfallenden Gebäudes in der Ebertusstraße Foto: Rita Aldenhoff-Hübinger

Die Zeitung an der Wand

Ausgaben der Prawda und Wandmalereien erinnern an die Vergangenheit der Roten Kaserne

Von Nicolas Offenstadt

Wandmalerei in den Roten Kasernen: Viele Wände waren in den Kasernen der Roten Armee in der August-Bebel-Straße bemalt. Traditionelle Motive und Landschaften wurden bevorzugt.

Fotos (3): Nicolas Offenstadt

Frankfurt. **Auf die Suche nach „Spuren der DDR" gehen die Historiker Nicolas Offenstadt und Rita Aldenhoff-Hübinger gemeinsam mit Viadrina-Studenten. Unter dem gleichen Titel veröffentlichen sie im Stadtboten ihre Erkenntnisse. In diesem Teil der Serie berichten sie von Entdeckungen hinter Tapeten der Roten Kaserne.**

Wollen Sie einmal die Prawda und andere Tageszeitungen aus der sowjetischen Zeit lesen? Wenn ja, dann brauchen Sie nicht in die Bibliothek zu gehen. Sie können einfach die Tapeten in den ehemaligen Kasernen der Roten Armee umdrehen, zum Beispiel in der August-Bebel-Straße, in der sogenannten „Roten Kaserne". Dort findet man auch verschiedene Wandmalereien aus der Zeit, als die sowjetischen Truppen in der DDR diesen Ort benutzten.

1955 fixierte ein Protokoll die Organisation der Stationierung der russischen Truppen in der DDR. Diese Vereinbarung sollte markieren, dass es sich nicht mehr um eine Besatzung handelte. Im Rahmen des Warschauer Pakts blieben trotzdem ungefähr 400 000 russische Soldaten auf dem Boden der DDR (die Zahl wechselt je nach untersuchter Zeit). Das bedeutet tatsächlich eine starke Präsenz, besonders auf dem Territorium des heutigen Brandenburg. In den drei Bezirken Potsdam, Cottbus, Frankfurt (Oder) waren große Teile der gesamten sowjetischen Kräfte in der DDR stationiert. Oft wurden ehemalige deutsche Kasernen wiederbenutzt, wie die besagte Rote Kaserne, die ab 1873 erbaut und bis 1914 stetig erweitert worden war. Diese „Stationierung" bedeutete nicht nur die Nutzung von Kasernen, sondern auch von Wohnanlagen, Villen, Übungs- und Schießplätzen sowie Lagergebäuden.

Spuren der DDR

MOZ-Serie

Insgesamt machten die russischen militärischen Gebiete mindestens fünf Prozent des Territoriums Brandenburgs aus. Jedoch war nicht alles klar und legal, wohl-geordnet und organisiert. Einem Bericht von 1987 zu Folge, waren von 116 Gebieten der russischen Armee im Bezirk Frankfurt nur neun als Sperrgebiet registriert, wohingegen 89 als „unberechtigt" besetzt galten, etwa als Übungsplätze. Schon in den sechziger Jahren richtete deshalb mehrmals der Rat des Bezirks Beschwerden an die russischen Behörden. Keine Besatzung mehr, dennoch herrschte Willkür.

In den Kasernen selbst war das Leben der Soldaten ziemlich schwierig: Es herrschten harte Disziplin und knappe Ressourcen. Ein Bürger von Frankfurt erinnert sich, dass man von den Russen Benzin, Kohle, Holz, Uhren, Radios etc. zu niedrigen Preisen habe kaufen können. Die Sachen seien zum größten Teil bei der Armee gestohlen oder von den Angehörigen aus der Heimat geschickt worden.

Für die Mannschaften waren die Freizeitmöglichkeiten begrenzt, so konnten die Soldaten, die Lust oder Begabung dafür hatten, wenigstens die Wände bemalen, wie eine Wandmalerei mit traditionellen Motiven zeigt. In der „Roten Kaserne" gibt es auch Bilder von Landschaften und einem Gewichtheber. Anderswo kann man auch militärische und politische Motive finden. Für die Isolierung gegen die Kälte wurden Zeitungen benutzt. Spuren dieser Dämmtechnik lassen sich oft beobachten. Auch wurden die Zeitungen als Gardinen für die Wohnungen der Russen genutzt; zusammen mit bröckelnden Außenwänden verärgerte diese verwahrloste Dekoration die deutsche Bevölkerung (Silke Satjukow).

Kontakte mit den Bürgern der Stadt waren eher selten, außer bei öffentlichen Anlässen, sogenannten Freundschaftsmärschen oder professionellen Gelegenheiten. Ein ehemaliger Schlosser aus Frankfurt erinnert sich, dass die Soldaten meist in den vier Wänden der Kaserne blieben. Die einfachen Soldaten konnten nur in Gruppen und mit Begleitung von Offizieren nach draußen gehen, und wenn sie ein bestimmtes Ziel hatten. Die Einwohner suchten ebenfalls kaum Kontakt zu den Russen.

Mit dem Abzug der Truppen zu Beginn der neunziger Jahre tauchte die Frage nach dem Verbleib der Liegenschaften auf. Die Konversion der Militärflächen war und ist nicht einfach. Die Umweltbelastungen und Kosten sind groß, und wenn die Gebiete nicht durch die Bundeswehr weitergenutzt werden, erweist sich eine Nachnutzung als schwierig. Die Konversion der Gebiete kostete Milliarden Mark; oft wurden sie in Naturschutzgebiete umgewandelt. Die EU, die Bundesanstalt für Arbeit und das Land bezahlten zusammen dafür. Die Rote Kaserne ist bezeichnend für diese Schwierigkeiten. Zwar wurde der größte Teil der Kaserne (erst) vor ein paar Jahren erneuert und restauriert, um neue Wohnungen zu bauen; sogar das Gebäude der Küchen zwischen den zwei Mannschaftshäusern gehört dazu. Aber insgesamt bestehen in Frankfurt mehrere ehemalige Kasernen der DDR-Zeit als verlassene Orte der Vergangenheit weiter.

Kraftvoll: So zeigt sich der Gewichtheber auf dem Wandbild

Gegen die Kälte: Zeitungen wurden als Dämmschutz benutzt.

Erst Bastlerbedarf, später Intershop

Eine Sicherheitstür und eine Gewerbegenehmigung zeugen in der Fürstenwalder Straße 47 von der Wirtschaftspolitik der DDR

Von Rita Aldenhoff-Hübinger

Frankfurt. **Auf die Suche nach „Spuren der DDR" gehen die Historiker Nicolas Offenstadt und Rita Aldenhoff-Hübinger gemeinsam mit Viadrina-Studenten. Unter dem gleichen Titel veröffentlichen sie im Stadtboten ihre Erkenntnisse. In diesem Teil der Serie berichten sie von Entdeckungen in einem ehemaligen Intershop.**

Spuren der DDR

MOZ-Serie

Selbst für geübte Beobachter sind diese Spuren kaum noch erkennbar. Betritt man den Laden für Elektronikbedarf in der Fürstenwalder Straße 47 von der Ebertusstraße aus, so durchschreitet man die Tür des ehemaligen Intershops aus den 1980er-Jahren. Innen entdeckt man weitere Spuren: die hintere, unveränderte Zugangstür des Intershops mit Stahlrahmen und Hängevorrichtungen für Gitter sowie eine Gewerbegenehmigung von 1977 für den damaligen „Existenzgründer", der heute das Geschäft für Elektronik betreibt, das sich in den Räumen des früheren Intershops befindet. Eine verwickelte Angelegenheit. Doch lohnt es sich, den Spuren in der Fürstenwalder Straße zurück in die Zeit zu folgen, als diese noch Ernst-Thälmann-Straße hieß, verweisen sie doch auf wichtige Etappen der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik der DDR.

Die Versorgung der Bevölkerung war in der Planwirtschaft eine Herausforderung. Trotz aller Organisation gelang es nicht, Lücken zu füllen. Hochwertige Markenprodukte, Dienstleistungen und Reparaturen gehörten dazu. Seit 1952 wurde das private Handwerk zurückgedrängt. Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) und Dienstleistungskombinate wurden geschaffen, um bestimmte Reparaturen oder Reinigungsarbeiten anzubieten. Da die PGH nur als eine Etappe zur Sozialisierung galten, gab es 1972 eine Verstaatlichungswelle und Umwandlung in Volkseigene Betriebe (VEB). Bis 1976 verbesserte sich die Lage jedoch nicht, sodass die SED zunehmend in Widerspruch zu ihrem 1971 verkündeten Ziel, die Bevölkerung besser zu versorgen, geriet. So kam es zu einer Kurskorrektur: das private Handwerk wurde wieder gefördert, die Vergabe von Gewerbegenehmigungen und Krediten erleichtert. Dies eröffnete innovativen Köpfen die Chance, eigene Ideen im Rahmen der sozialistischen Planwirtschaft umzusetzen.

Jörg Detlef Baer erhielt seine Gewerbegenehmigung 1977. Gebunden war sie an einen Versorgungsauftrag für die Reparatur elektromechanischer Spielwaren, den Einbau und die Reparatur von Autoradios sowie den Verkauf elektronischer Bauelemente. Am 1. Januar 1978 eröffnete der am Halbleiterwerk jahrelang geschulte Elektroniker sein Geschäft „Bastlerbedarf" in der Ernst-Thälmann-Straße 47; er hatte die Räume im vorderen Bereich zum Park hin. In einem Gespräch erinnert er sich an die zu meisternden Probleme: Kredite gab es nur von der „Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe", Eigenkapital existierte nicht; Arbeitskräfte durften nur eingestellt werden, wenn diese anderweitig nicht beschäftigt waren, was praktisch unmöglich war. Da die Nachfrage nach den angebotenen Leistungen immens war, führte er morgens Reparaturen aus und stand nachmittags bis abends selbst im Laden.

Als „Renner" verkauft wurden „Bastlerbeutel" mit Bauelementen zum Nachbau nach Vorlagen der Zeitschrift „Funkamateur". Zeitweise habe in den Käuferschlangen vor seinem Laden auch Elmar Sommer, der Direktor des Halbleiterwerks, auf der Suche nach ganz bestimmten Leiterplatten und Schaltkreisen gestanden. Schritt für Schritt dehnte der Elektroniker mit Weitsicht seinen Versorgungsauftrag aus; seit 1982 wirkte er bei der Entwicklung von Computern als sogenanntes „Rationalisierungsmittel" für die PGH mit. 1987 wurde sein Geschäft Vertragswerkstatt für Kleincomputer für den Bezirk Frankfurt. Von einem kleinen Laden für die Reparatur von Kinderspielzeug entwickelte sich das Geschäft so zu einem der fünf Geschäfte für Mikroelektronik der DDR. In diesem Fall kamen innovativer Geist und Eigeninitiative zusammen mit den wirtschaftspolitischen Chancen, die sich seit 1976 dem privaten Handwerk wieder boten.

Tür zum Intershop: Der Stahlrahmen und die Hängevorrichtungen für Gitter sind bis heute erhalten. Foto: René Matschkowiak

1984 stellte die Abteilung Handel und Versorgung beim Rat der Stadt, wie man im Stadtarchiv nachlesen kann, einen Antrag auf die Errichtung eines weiteren Intershops in Frankfurt. Solche Intershops, an denen für West-Devisen eingekauft werden konnte, gab es seit 1962. In Frankfurt bestanden bereits drei Intershops: am Bahnhof, im Hotel „Stadt Frankfurt" und im Souterrain des HO-Bekleidungshauses in der Dresdener Straße. Ähnlich wie im Fall des Bedarfs an bestimmten Dienstleistungen galt es auch hier die Nachfrage besonders nach Textilien und hochwertigen technischen Geräten zu befriedigen. Trotz günstiger Öffnungszeiten komme es häufig zu Schlangenbildung, heißt es im Antrag, die Entwicklung könne seit circa drei Jahren mit dem sich ständig erhöhenden Käuferstrom nicht mehr mithalten. So wurde entschieden, dieser Nachfrage nachzugeben und einen vierten Intershop in der Ernst-Thälmann-Straße 47 in den hinteren, an der Ebertusstraße gelegenen Räumen zu eröffnen. Weil hier Westdevisen oder sogenannte Forumschecks im Spiel waren, außerdem heißbegehrte Waren lagerten, wurde die hintere Zugangstür zum Hof mit einem Gitter abgesichert. Davon zeugt die noch heute unveränderte Tür als zweite Spur.

Nach der Schließung des Intershops und einer kurzen Übergangszeit zog das Geschäft von Jörg Detlef Baer 1992 innerhalb der Ernst-Thälmann-Straße – nunmehr Fürstenwalder Straße – 47 um, aus den kleineren vorderen Räumen des Hauses in die Räume des ehemaligen Intershops an der Ebertusstraße, wo sich noch heute die Spuren und Verweise auf die beiden Etappen der DDR-Wirtschaftspolitik erkennen lassen.

Friedensgrenze in der Halben Stadt

Plakette am früheren Clubhaus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft erinnert an Vertrag von Welt-Bedeutung

Von Gangolf Hübinger

Frankfurt. **Auf die Suche nach „Spuren der DDR" gehen die Historiker Nicolas Offenstadt und Rita Aldenhoff-Hübinger gemeinsam mit Viadrina-Studenten. Unter dem gleichen Titel veröffentlichen sie im Stadtboten ihre Erkenntnisse. Heute ein Gastbeitrag von Gangolf Hübinger über eine Inschrift am früheren Clubhaus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft in der Halben Stadt.**

Die Halbe Stadt zählt mit ihrer großbürgerlichen Architektur zu den schönsten Frankfurter Straßen. Bis vor wenigen Jahren erinnerten hier auf engstem Raum mehrere Gedenktafeln auch an große Geschichte. Verschwunden ist die Gedenktafel an Haus Nr. 20, die dem Juristen und Politiker Eduard von Simson gewidmet war, dem ersten Präsidenten des Reichsgerichts im Deutschen Kaiserreich. Verschwunden auch die deutschsprachige Tafel zu Haus Nr. 24. Nur Russischkundige erfahren, dass hier zur DDR-Zeit die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) residierte.

Dazwischen an Haus Nr. 23, dem ursprünglichen „Clubhaus" der DSF, verweist eine Marmortafel mit gut lesbarer Goldinschrift auf einen historischen Akt von weltpolitischer Bedeutung: „In diesem Haus wurde am 27. Januar 1951 das Protokoll über die vollzogene Markierung der Oder-Neisse-Friedensgrenze unterzeichnet." Welche Geschichte erzählt dieses Haus, und worüber belehrt seine Inschrift?

Im Sommer 1947 wurde in Ost-Berlin die „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion" gegründet und Ende 1949 in „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft" umbenannt. Als erster Präsident wirkte der weltläufige Ökonom Jürgen Kuczynski. der zu seinem Entsetzen von der SED-Führung im Juni 1950 zum Rücktritt gezwungen wurde, weil er Jude war.

Die Stadt Frankfurt richtete in dem noblen und zeitweiligen Bankgebäude in der Halben Stadt 1948 für die Gesellschaft das „Haus der Kultur" ein. An der Stirnseite des großen Veranstaltungssaales prangte die Losung: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen". Das DSF-Kulturhaus entwickelte sich zu einem Zentrum, die Weisungen und Erfahrungen der schützenden Weltmacht für den Aufbau des eigenen Sozialismus zu nutzen.

Der 27. Januar 1951 war „Frankfurts großer Tag", wie ihn die lokale Märkische Volksstimme ankündigte. Begleitet von 2000 Delegierten kam an diesem Tag der polnische Außenminister Skrzeszewski über die Oderbrücke, um mit DDR-Außenminister Dertinger im Kulturhaus der DSF das Protokoll über die erfolgte Markierung der Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen zu unterzeichnen. Eine der sensibelsten Grenzziehungen in den Konflikten des Kalten Krieges war damit besiegelt. Auf diesen Akt verweist nach der deutschen Vereinigung noch einmal ausdrücklich der deutsch-polnische Vertrag von 1990.

In der Halben Stadt war man besonders stolz und widmete dem Grenz-Akt im Juli 1953 eine erste Gedenktafel. Wie Stadtarchivar Ralf-Rüdiger Targiel aus seiner Kenntnis der Stadtgeschichte berichtet, wurde sie zum dritten Jahrestag des Görlitzer Abkommens vom 6. Juli 1950 über die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze im Innern des Kulturhauses angebracht. Der damalige Text zieht das Görlitzer Abkommen und die anschließende Frankfurter Protokollierung zusammen: „In diesem Raum wurde am 27.1. 1951 das Band der Freundschaft zwischen der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik gefestigt und das Abkommen über die Oder-Neisse-Friedensgrenze ratifiziert." Die spätere Tafel außen am Gebäude stellt dann klar, dass nicht das politische Abkommen selbst, vielmehr das Protokoll über die exakte Vermessung der Grenze im Frankfurter DSF-Haus unterzeichnet wurde.

Spuren der DDR

MOZ-Serie

Als „Kraftquell" feierte die Frankfurter Presse ihr DSF-Clubhaus. Mit 85 000 Mitgliedern Anfang der 1960er-Jahre hatte auch der Bezirk Frankfurt seinen Anteil an der Umwandlung der DSF von einer Studiengesellschaft zur politischen Massenorganisation. Seit Gründung des Hauses, so eine Schätzung von 1962, hätten über 250 000 Besucher die Bibliothek genutzt, die Gaststätte besucht, Filmabende und Reiseberichte aus den sowjetischen Republiken genossen oder sich von der Überlegenheit des Marxismus-Leninismus als Garanten des technischen Fortschritts überzeugen lassen.

Zu Lenins Geburtstag am 22. April 1970 erstrahlte das Haus in der Halben Stadt in renoviertem Glanz. Die Clubhausleitung sparte jedoch nicht mit Kritik. Während die Jugend und die Freundschafts-Brigaden regelmäßige Gäste seien, könnten sich Lehrer, handwerklicher Mittelstand und politische Funktionäre durchaus öfter blicken lassen.

Ein Haus erzählt Geschichte: In der Halben Stadt 23 (hier eine historische Aufnahme) wurde das Protokoll über die Markierung der Oder-Neisse-Friedensgrenze unterzeichnet. Foto: Fricke/Stadtarchiv Frankfurt (Oder)

Immerhin, das Haus war beliebt und belebt genug, um es 1986 noch einmal gründlich zu erneuern und um das benachbarte Haus Nr. 24 zu erweitern. Die Programme der 1980er-Jahre sind typisch für das breite Spektrum aus politischer Schulung, interkultureller Bildung und alltäglicher Geselligkeit, dem sich die DSF über vier Jahrzehnte verpflichtet sah. Vorbereitung auf die Jugendweihe, militärpolitischer Dialog, Pelmeni-Abend mit Reiseberichten aus Georgien, Filme, Musik und Theater, „Samowar und Leselampe", „Lyrik und Soljanka", Keramik- und Fotozirkel, und nicht zu vergessen die Kalinka-Diskothek.

Erinnerungstafeln sind dazu da, die Häuser einer Stadt zum Sprechen zu bringen. Ob es die bürgerliche Residenz des berühmten Rechtsgelehrten Eduard von Simson aus dem 19. Jahrhundert ist, oder, auf den Spuren des sozialistischen Deutschland, der gesellige deutsch-sowjetische Treffpunkt, - die Geschichten aus der Halben Stadt lohnen, im öffentlichen Gedächtnis zu bleiben.

Öffentliches Gedächtnis: Eine Tafel in russischer Sprache erinnert an das Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft Foto: René Matschkowiak

Prof. Dr. Gangolf Hübinger ist Senior Fellow am Center B/Orders in Motion und Prof. i.R. für Vergleichende Kulturgeschichte der Neuzeit an der Universität Viadrina.

MOZ - Frankfurter Stadtbote
08.05.2017, Frankfurter Stadtbote, Seite 13
©MMH 2017

Nordkorea im Frankfurter Keller

Ein Wandkalender von 1989 verweist auf die Weltfestspiele in Pjöngjang und eine schwierige Allianz

Von Nicolas Offenstadt

Frankfurt. **Auf die Suche nach „Spuren der DDR“ gehen die Historiker Nicolas Offenstadt und Rita Aldenhoff-Hübinger gemeinsam mit Viadrina-Studenten. Unter dem gleichen Titel veröffentlichen sie im Stadtboten ihre Erkenntnisse. Ausgangspunkt ist diesmal ein Plakat, das 1989 für die Weltfestspiele in Nordkorea warb.**

Spuren der DDR

MOZ-Serie

Diese Spur der „Auswärtigen Angelegenheiten“ der DDR ist nicht mehr öffentlich zu sehen. Sie befindet sich im Keller des ehemaligen Hauses der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft in der Halben Stadt. Lange war der Zugang offen, die Türen waren beschädigt. Jetzt ist alles versperrt – ein typisches Pendeln zwischen Sperrung und Öffnung vieler verlassener DDR-Gebäude.

Das Plakat, zugleich ein Kalender des Jahres 1989, kündigt die Weltfestspiele der Jugend und Studenten an, die in Pjöngjang (Nordkorea) im Juli desselben Jahres stattfinden sollten. Die Festspiele waren immer ein wichtiges Ereignis für das Land, das sie veranstaltete. Die DDR hatte zweimal in Berlin die Weltfestspiele empfangen, 1951 und 1973. Beide Male war es eine große politische Herausforderung, zuerst mitten im Kalten Krieg nur zwei Jahre nach der Gründung der Republik, und danach in einer Zeit der Entspannung, als das Regime das Land als offen und modern nach außen darstellen wollte. Eine DDR-Chronik der Weltfestspiele präsentiert die Entscheidung des Weltbundes, Berlin zur Gastgeberin der III. Weltfestspiele (1951) zu wählen, als „Ausdruck der Anerkennung der demokratischen Weltjugend für die unbeirrbare Friedenspolitik der kaum zwei Jahre alten DDR und auch der Hochachtung vor den Leistungen der jungen Generation beim Aufbau einer neuen sozialen Ordnung“.

1989 war es auch für Nordkorea ein entscheidendes politisches Ereignis. Die Weltfestspiele sollten eine starke Antwort darauf darstellen, dass Südkorea für die Olympischen Spiele 1988 ausgewählt worden war. Pjöngjang hatte sich vergeblich darum bemüht, einen Teil der Olympiade zu vereinnahmen, und das Ereignis letztendlich boykottiert. Die Vorbereitungen für das Jugendtreffen mit Hilfe russischen Geldes waren gigantisch. Mehrere Stadien, Hotels sowie Anlagen für Kinder sollten speziell für das Ereignis gebaut werden, nicht alles wurde erledigt. Wie für die DDR zuvor sollten die Festspiele der Welt zeigen, was Nordkorea seit seiner Gründung in der Lage war zu schaffen.

Die Weltfestspiele waren ein – allerdings sehr belastender – Erfolg für das Regime, auch wenn das internationale Echo schwach war, da der Ostblock schon wankte. Die kolossalen Kosten des Ereignisses hatten Konsequenzen für die Beziehungen zwischen der DDR und Nordkorea. Nordkorea war wegen der hohen Ausgaben nicht mehr in der Lage, seine Außenhandelsverpflichtungen zu erfüllen.

Hinter verschlossenen Türen: Dieses Plakat kündigt die Weltjugendspiele 1989 in Pjöngjang an. Foto: Nicolaus Offenstadt

Das Plakat im Keller des Hauses der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft zu sehen, überrascht zunächst nicht. Die DDR und Nordkorea – seit 1948 ein sozialistischer Staat, das Datum steht auf dem Plakat – pflegten enge wechselseitige Beziehungen. Das lag nicht nur daran, dass beide Staaten eine nationale Teilung erlebten. Von Anfang an unterstützte die DDR Nordkorea regelmäßig: erst während des Krieges gegen Südkorea (1950-1953) mit Spenden und Hilfsgütern sowie mit der Gründung eines Korea-Hilfsausschusses, danach mit Geldern für den Wiederaufbau des Landes. Die Unterstützung nahm verschiedene Formen an: Konsumgüter wurden geliefert, technische Hilfe im Maschinenbau geleistet, Waisenkinder und Studenten aus Nordkorea in die DDR geholt, um sie auszubilden. Besonders half die DDR beim Wiederaufbau der Stadt Hamhung.

Dennoch verliefen die Beziehungen zwischen den beiden sozialistischen Staaten nicht reibungslos. Das Regime in Pjöngjang schwankte zwischen Moskau und Peking. Darüber hinaus wehrte sich Nordkorea paradoxerweise gegen jeden fremden Einfluss, sogar aus den sogenannten „Bruderländern“, und zwar im Namen der nationalen Juche-Ideologie.

Mit diesem Wissen im Hinterkopf erscheint das so auf Multikulturalität zielende Plakat wie eine Maske vor den vielen Maßnahmen des Regimes, die Kontakte zwischen der Bevölkerung und fremden Besuchern zu begrenzen oder zu vermeiden. Das betraf auch Ostdeutsche: die rasche Rückberufung der Studenten in die DDR, die Isolierung der Deutschen (z, B. Lektoren), die in Nordkorea lebten und arbeiteten, ebenso wie das Zurücksenden von deutschen Helfern in Hamhung. Auch existiert die dortige „Wilhelm-Pieck Straße“ nicht mehr. Im Gegensatz zum Kalender von 1989, auch wenn dieser im Moment hinter verschlossenen Türen hängt.

Politik und Heimatgefühl

Ein alter Kalender im Keller der Post erinnert an die Rolle der Bezirkszeitung „Neuer Tag“

Von Rita Aldenhoff-Hübinger

Frankfurt. **Auf die Suche nach „Spuren der DDR“ gehen die Historiker Rita Aldenhoff-Hübinger und Nicolas Offenstadt gemeinsam mit Viadrina-Studenten. Unter dem gleichen Titel veröffentlichen sie im Stadtboten ihre Erkenntnisse. Heute gibt ein Kalender vom „Neuen Tag“ Anlass, um über die Rolle der MOZ-Vorgängerin nachzudenken.**

Voller Spinnweben: An einer Kellertür im Postgebäude erinnert ein Kalender noch an die Zeitung „Neuer Tag“. Foto: Rita Aldenhoff-Hübinger

Das imposante Gebäude der alten Hauptpost aus dem Kaiserreich beherbergt heute neben der Post einige Institute der Europa-Universität Viadrina, und es erzählt viele Geschichten. Eine davon aus der Zeit der DDR. In den Kellerräumen verborgen, hängt an einer der Türen ein Kalender, in zwei Teilen, von Januar bis Juni, von Juli bis Dezember, nach Tagen untergliedert und herausgegeben vom „Neuen Tag“, dem Organ der Bezirksleitung Frankfurt (Oder) der SED. Es ist ein Kalender für das Jahr 1990. Noch heißt es in der Überschrift: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Was signalisiert der Kalender? Was hat es mit dem „Neuen Tag“ auf sich?

Auf den ersten Blick unterscheidet sich der Kalender nicht wesentlich von solchen Jahresübersichten, wie sie die Leser der MOZ – der Nachfolgerin des „Neuen Tags“ – heutzutage regelmäßig gegen Ende des Jahres als Beilage erhalten. Vermerkt werden die üblichen gesetzlichen Feiertage; doch bei näherem Hinsehen entdeckt man unter der Übersicht, kleingedruckt, zahlreiche weitere Ehren- und Gedenktage. Die Geburts- und ggf. Todestage der Gründerväter des Marxismus-Leninismus, der Parteiführer von Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck bis zu Erich Honecker; außerdem die Tage der Gründung der DDR, der Anerkennung der „Oder-Neiße-Friedensgrenze“, des Beitritts zum Warschauer Pakt. Schließlich die Gründungstage der Massenorganisationen wie des FDGB und verschiedener staatstragender Berufsgruppen, etwa der Deutschen Volkspolizei. Alles in allem und je nach Periode verzeichnete die DDR bis zu 65 Ehren- und Gedenktage, es gab also in jeder Woche mindestens einen! Der Grund dafür liegt auf der Hand. Die SED hat durch diese Gedenktage versucht, den Alltag der Bevölkerung durch die Schaffung einer eigenen Erinnerungskultur nahezu tagtäglich zu durchdringen und politisch zu strukturieren.

Spuren der DDR

MOZ-Serie

Dies zu transportieren war vornehmlich die Aufgabe der SED-Bezirkszeitungen. 1952 waren die Länder aufgelöst und durch Bezirke ersetzt worden. Am Stichtag 15. August 1952 lösten dementsprechend die Bezirkszeitungen der SED die traditionellen Länderzeitungen ab. Die Namen der neuen Presseorgane klangen zum Teil wie die der ehemaligen sozialdemokratischen Zeitungen aus dem Kaiserreich. So sollte Kontinuität, aber auch Aufbruch in eine neue Zeit signalisiert werden: „Freie Erde“ (Neubrandenburg), „Freie Presse“ (Karl-Marx-Stadt/Chemnitz), „Freies Wort“ (Suhl), „Freiheit“ (Halle) und schließlich „Neuer Tag“ (Frankfurt). Von Anfang an war die Pressepolitik der SED straff organisiert. Ungefähr 70 Prozent der Presse lag in ihren Händen; weitere 9 Prozent in denen der ihr nahestehenden Blockparteien. Während das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ vor der Wende eine Auflage von einer Million erreichte und die beliebte überregionale Tageszeitung der Freien Deutschen Jugend (FDJ), „Junge Welt“, sogar in einer Höhe von 1,6 Millionen täglich erschien, erreichten die vierzehn SED-Bezirkszeitungen (ohne Berlin) bereits Anfang der 1980er-Jahre eine Auflage von 4,5 Millionen. Die Bezirkspresse mit ihren über 200 Kreisausgaben war somit die größte einzelne Pressesparte in der DDR.

Um ihrer Aufgabe gerecht zu werden, mussten die Bezirkszeitungen der SED einerseits als Sprachrohr der Partei intern straff organisiert sein. Journalist, ja sogar Volontär, konnte nur werden, wer in der Partei war; zudem gab es, wie in allen Betrieben, die Betriebsparteiorganisation, die die Beschlüsse der Abteilungen Agitation und Propaganda der Bezirksleitung umsetzte und praktisch eine „zweite Redaktionsleitung“ darstellte. Andererseits sollten die Bezirkszeitungen das Interesse aller gesellschaftlichen Schichten wecken und sich nicht, wie das „Neue Deutschland“, primär nur an (führende) Genossen richten und starr Parteirichtlinien, lange Parteitagsreden und Grundsatzansprachen wiedergeben. Neben dem „staatsbürgerlichen Denken“ sollte daher auch, wie es in einem Grundsatzdokument der Partei von 1966 heißt, Interesse für das lokale Geschehen und „echtes Heimatgefühl“ hergestellt werden.

Der „Neue Tag“, der 1952 die sozialistische Landeszeitung „Märkische Volksstimme“ ersetzte, trug tatsächlich zunächst den Untertitel „Heimatzeitung für die Stadt Frankfurt-Oder“, statt später auf der Titelseite „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“. Die Ausgabe zum zweijährigen Bestehen der Bezirkszeitung wurde unter die Überschrift „2 Jahre Heimatzeitung des Bezirks Frankfurt (Oder)“ gestellt. So sollte ein neues Heimatgefühl für die zahlreichen, aus den Regionen östlich der Oder geflüchteten Deutschen, die sich im westlichen Oder-Raum angesiedelt hatten, geschaffen werden.

Und woran erinnern sich ehemalige Leser des „Neuen Tags“ heute? Sie erinnern sich nicht an immer wiederkehrende Berichte über Parteitage und Referate des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees oder des Ersten Sekretärs der Bezirksleitung; sie erinnern sich aber sehr wohl daran, dass sie den „Neuen Tag“ gelesen oder abonniert haben, um zu wissen, was „vor Ort los“ sei, im Lichtspieltheater der Jugend, im Filmtheater der Freundschaft oder auch beim Aufbau der Innenstadt. Immerhin waren nach einer Umfrage 1966 unter den Abonnenten der SED-Bezirkszeitungen etwa die Hälfte parteilos.

Eclats DDR DA Splitter 16/16

Eine Spur der DDR: die „Boulevardpassanten“ in der Großen Scharrnstraße, hier auf einem Bild aus den 1980er-Jahren. Foto: Rudolf Hartmetz

Der Punk an der Eisdiele

„Boulevardpassanten“ in der Großen Scharrnstraße zeigen, was Kunst am Ende der DDR durfte

Von Nicolas Offenstadt

Frankfurt. **Auf die Suche nach „Spuren der DDR“ gehen die Historiker Nicolas Offenstadt und Rita Aldenhoff-Hübinger gemeinsam mit Viadrina-Studenten. Unter dem gleichen Titel veröffentlichen sie im Stadtboten ihre Erkenntnisse. Heute erklärt der Künstler Harald K. Schulze, was hinter seinem Wandbild in der Großen Scharrnstraße steckt.**

Auf den ersten Blick könnte die Große Scharrnstraße als ein trauriges Erbe der 1970er-Jahre erscheinen: ein Baustil, der komplett aus der Mode gekommen ist, eine Reihe von leeren Flächen und Läden. Die meisten Passanten, die diese Fußgängerzone durchqueren, haben den Blick nach vorn gerichtet, ohne nach links oder rechts zu schauen. Eine erstaunliche Haltung, ist diese Straße doch ebenso faszinierend wie einzigartig: Auf voller Länge ist sie von Kunst geprägt, sogar nach hundert Durchquerungen kann man noch etwas Neues entdecken oder genauer beobachten.

Diese Kunstwerke, Fassadengestaltungen und Straßenmöblierungen schreiben sich in ein Projekt von Erneuerung und Renovierung der Straße ein, die 1987 bis 1988 teilweise in eine Fußgängerzone umgewandelt wurde. Dies geschah auch in Vorbereitung der Arbeiterfestspiele 1988. Das Projekt sollte besonders mit neuen Läden und Dienstleistungsstellen zur Nachverdichtung und Belebung des Stadtteils beitragen, wie Viadrina-Professor Paul Zalewski es beschreibt.

Unter diesen ein Eiskiosk, „Eisbär“ genannt. Auf der linken Seite des Ladens schuf der Künstler Harald K. Schulze ein Wandbild, die Boulevardpassanten. Zudem fügte er oberhalb der Eingangstür in einer ziemlich provokativen Art eine Ergänzung hinzu: einen sehr suggestiven Mund mit Lippenstift, der einen Strohhalm benutzt.

Klar, das Ganze ist nicht reine Kunst – wenn diese überhaupt existiert –, sondern auch eine Stellungnahme gegen die verknöcherten Strukturen des Landes. Wie ist Harald Schulze zu diesem Werk gekommen?

Geboren in einer linken Familie – ein Großvater Kommunist, der andere Sozialdemokrat –, studierte er an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee. Für die Studenten, die ein „elitäres“ Gefühl entwickelt hatten, stellte die Biermann Affäre 1976 eine Zäsur dar. Die kritische Stimmung gegen das Regime wurde etwas Öffentliches, sogar bei den Jugendlichen der Hochschule. Aber für Schulze bedeutete es keine Annäherung an den Kapitalismus. Nach einigen Zwischenfällen akzeptierte der Künstler ein Arbeitsangebot samt Werkstatt in Frankfurt. Nach ein paar Jahren zog er nach Letschin, unter anderem um Distanz zu schaffen, als eine Art „innere Emigration“, wie er sich erinnert.

Spuren der DDR

MOZ-Serie

Der Maler schuf verschiedene Werke für das Einsenhüttenkombinat Ost (EKO) in Eisenhüttenstadt und andere Einrichtungen und Verbände, zum Beispiel die Freie Deutsche Jugend (FDJ). Das ist jedoch nur ein kleiner Teil der Geschichte. Schulze entwickelte vor allem einen originellen und persönlichen Stil in seinem Werk. Die Einflüsse waren vielfältig, aber die kritische Kunst des 20. Jahrhunderts – Dadaismus, Expressionismus, Neue Sachlichkeit – spielte eine große Rolle. In dieser freien, frischen und frechen Linie gründete Schulze mit dem Bildhauer Rolf Biebl und dem Maler Clemens Gröszer Anfang der 1980er-Jahre die Gruppe „Neon Real“, die in einem (internen) Manifest behauptete: „Die bleichen Verwalter sitzen in der Mummenschanze (…) Kunstdünger fressen wir nicht!“

Dieser kritische und ironische Geist ist an der Wand des Eiscafés „Eisbär“ zu finden. Harald Schulze erklärt heute, was die Hauptfiguren darstellen. Erst sieht man ganz oben links eine Schaufensterpuppe in einer Vitrine, überragt von den berühmten Buchstaben HO für Handelsorganisation, die aber absichtlich nur teilweise lesbar sind. Das Ganze symbolisiert die Mangelgesellschaft. Der Mann mit einem roten Hemd ist ein Parteimitglied, der einen Vortrag hält. Seine Gebärden bezeichnen die Illusion. Daneben eine Art Prostituierte und ein Punk (mit einem Flugzeug in der Hand), der gern die DDR verlassen würde. Ein „Parteimensch“ (mit Brille) ist altmodisch gemalt. Hinter ihm, etwas erhöht stehen drei Stasi-Angehörige, alle gleich gezeichnet. Rechts ganz unten ist eine Aktivistin der Roten Armee Fraktion (RAF) zu sehen.

Auf der linken Tafel stellt der Maler eine Art Handwerksmeister dar, fett und mit einem dicken Kopf. Daneben wird Clemens Gröszer (mit Hut) gemalt.

Schulze erinnert sich, dass er diese Wandmalerei ohne jegliche Kontrolle der Stadtbehörden und besonders des Stadtarchitekten, Manfred Vogler, umgesetzt hat. Laut Schulze sagte dieser: „Ich will dieses Bild erst sehen, wenn es an einer Wand ist. Ich will vorher nichts sehen davon.“ Dagegen gab es manchmal kritische Reaktionen der Behörde gegenüber den Mitstreitern von „Neon Real“. Aber Schulze wollte niemals zum „Underground“ oder zur direkten künstlerischen Opposition gehören. Der Rahmen seiner Aktion durch die Kunst war und blieb die DDR.

Kunst und Arbeit

Über das Relief am Eingang zum früheren Halbleiterwerk in Markendorf ist wenig bekannt

Von Rita Aldenhoff-Hübinger

Frankfurt. Auf die Suche nach „Spuren der DDR“ gehen die Historiker Rita Aldenhoff-Hübinger und Nicolas Offenstadt gemeinsam mit Viadrina-Studenten. Unter dem gleichen Titel veröffentlichen sie im Stadtboten ihre Erkenntnisse. Heute geht es um die Frage, warum man so wenig weiß über das Kunstwerk von Bilhauer Jürgen von Woyski am Halbleiterwerk.

Frauen bei der Arbeit: Für die feinen Arbeiten im Werk wurden vor allem weibliche Beschäftigte geworben. Fotos (2): René Matschkowiak

Energie und Wärme für die Region: Dieses Relief zeigt ein Kraftwerk mit Schloten, Kühltürmen und Heißwasserleitungen.

Auf dem heutigen Gelände des ehemaligen Halbleiterwerks am Stadtrand von Frankfurt, im Ortsteil Markendorf, haben sich rund 50 Firmen und mehrere öffentliche Einrichtungen niedergelassen. Einige der ehemaligen Gebäude sind seit 1990 ganz verschwunden, einige wurden renoviert. Dennoch kann man auch auf diesem, den Erfordernissen der Zeit angepassten, immer noch sehr weitläufigen Gelände Spuren der DDR entdecken.

Besonders auffällig ist das Eingangsrelief des Bildhauers Jürgen von Woyski (1929–2000) aus dem Jahre 1965. Es zeigt auf der Vorderseite zumeist Arbeiterinnen, die sich über Mikroskope und andere labortechnische Geräte beugen. Auf der Rückseite des langgestreckten Reliefs aus Kunststein sind Szenen aus Leben und Wirtschaft des Bezirks Frankfurt zu erkennen, unter anderem rauchende Schlote an der Oder und eine Brücke über die Oder, mit Zugverkehr darauf und Dampfschifffahrt darunter. Deutlich wird der Stolz auf die Industrialisierung des Oderraums seit den 1950er-Jahren.

Das Halbleiterwerk bildete zwischen 1959 und 1990 nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch sozialen Mittelpunkt der Stadt. Es war Bestandteil des Programms, die Oderregion zu industrialisieren. Was das Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) für Eisenhüttenstadt, das Erdölverarbeitungswerk (später PCK) für Schwedt und das Chemiefaserwerk (CFG) für Guben bedeuteten, bedeutete das Halbleiterwerk (HFO) für Frankfurt. Es besetzte mit der Produktion von Halbleiterelementen und Schaltkreisen einen zentralen Bereich der wirtschaftlichen Zukunftstechnologien. Von 1000 Beschäftigten im Jahre 1960 stieg die Zahl durch gezielte Anwerbungen 1964/65 auf 3000, 1978 auf 5000 und 1989 auf 8000 Mitarbeiter. Angeworben wurden sie aus der gesamten DDR; zudem wurden für die feinen und körperlich leichteren Aufgaben bevorzugt Frauen angestellt. Sie wurden geworben aus der sogenannten Hausfrauenreserve. Dazu kamen seit Mitte der 1960er-Jahre polnische Pendlerinnen und Vertragsarbeiterinnen.

Als finanzieller Partner der Stadt, mit der es über die sogenannten Kommunalverträge verbunden war, förderte das HFO nicht nur die Kultur (Museum, Theater, Musikschule), die diversen Festspiele, Stadtjubiläen und das Amateurfilmzentrum, sondern sorgte auch für die Beschäftigten durch Kindereinrichtungen, Krankenversorgung (Poliklinik), zeitweise auch spezielle Einkaufsläden. Mit einigen Schulen bestanden Patenschaften.

Selbst nachdem das Werk 1978 dem neugebildeten Kombinat Mikroelektronik Erfurt eingegliedert worden war, behielt es seine Bedeutung für die Stadt und bildet auch heute noch einen wichtigen Bezugspunkt bei Debatten über die wirtschaftliche Zukunft Frankfurts.

Erstaunlicherweise ist über das Relief am Eingang des Werks wenig bekannt. Dabei war Woyski einer der renommiertesten bildenden Künstler der DDR. Erst 2007 wurde in einem Artikel in dieser Zeitung festgestellt, dass es sich um eine Arbeit von Jürgen von Woyski handelt, die 1965 entstand. Der Schwerpunkt seines Schaffens lag in Hoyerswerda und Cottbus, gewirkt hat er aber darüber hinaus in zahlreichen anderen Städten der DDR. So schuf er 1956 zwei Reliefs am Haupteingang der Kunsthochschule in Berlin-Weißensee und 1970 die Postsäule vor dem Interhotel in Potsdam.

Auch in Frankfurt war er nicht unbekannt. Als freiberuflich tätiger Künstler schloss er 1959 einen Werkvertrag für „die Freiplastik Jugendsportschule“ ab. Sein Honorar wurde pünktlich unter Abzug von 20 Prozent Steuern am 18. Dezember 1959 ausgezahlt, wie Unterlagen im Stadtarchiv zeigen. Der Rat der Stadt Frankfurt war offenbar mit seinen Arbeiten zufrieden, denn Mitte der 1970er-Jahre, als der Botanische Garten angelegt wurde, wurde er erneut beauftragt. Die vier imposanten „Vegetativen Formen“ aus Sandstein erfreuen noch heute die Spaziergänger und Jogger im Botanischen Garten.

Das Eingangsrelief am Halbleiterwerk gehört also zu den Arbeiten eines bekannten Künstlers, der auch in Frankfurt mehr als einmal tätig war. Warum weiß man dennoch kaum etwas über dessen Entstehungszusammenhang?

Zum einen handelte es sich um einen Auftrag des Halbleiterwerks, also um einen Vertrag, den der Künstler mit dem Betrieb und nicht der Stadt oder einem städtischen Betrieb abschloss. Bei der digitalen Suche findet man zahlreiche Hinweise auf Verträge Woyskis, die er vor allem im Bezirk Cottbus abschloss, man stößt aber nicht auf einen Vertrag mit dem HFO. Ist dieser schon zu DDR-Zeiten verloren gegangen oder befindet er sich irgendwo zwischen den Akten? Das wird man vermutlich erst wissen, wenn es eine Arbeit zur Geschichte des HFO gibt, die auf den reichen, im Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam aufbewahrten Beständen basiert.

Warum hat sich 1965 die Errichtung des Reliefs weder in der Werkszeitung „Kristallspiegel“, noch in der Betriebsschrift „Menschen, Maschinen, Mikroelektronik“, noch in „Neuer Tag“, der Bezirkszeitung der SED, niedergeschlagen? Eignete sich womöglich Woyskis unspektakuläre Art, sich mit Leben und Arbeiten in der DDR auseinanderzusetzen, schlecht für Propaganda?

Das ist nicht sicher. Sicher dagegen ist, dass künstlerische Arbeiten als eigenständige Zeugen und Spuren einer sonst immer weniger sichtbaren Vergangenheit in ihrem Eigenwert und ihrer Eigenart bewahrt werden sollten.

Eclats DDRDA Splitter 17/17

Sozialismus in Stein gehauen

Herbert Burschik schuf viele Erich Weinerts / Einer steht fast vergessen im Lienaupark

Von Nicolas Offenstädt

Frankfurt. **Auf die Suche nach „Spuren der DDR“ gehen die Historiker Nicolas Offenstadt und Rita Aldenhoff-Hübinger gemeinsam mit Viadrina-Studenten. Unter dem gleichen Titel veröffentlichen sie im Stadtboten ihre Erkenntnisse. Heute führt die Weinert-Statue im Lienaupark zu einer spannenden Künstlerbiografie.**

Spuren der DDR

MOZ-Serie

Mit Werkzeug: der Künstler Herbert Burschik arbeitet an einer Erich-Weinert-Skulptur. Foto: Städtisches Museum Eisenhüttenstadt

Sie scheint einsam, sehr einsam zu sein die Skulptur von Erich Weinert im Lienaupark, verlassen und fast vergessen. Die Schattierung grün-grau, die dieses Sandsteinwerk heute trägt, kontrastiert wenig mit den Farben der Umgebung. Ein paar Graffiti wurden bereits auf sie geschmiert.

Auch der dargestellte Mann ist heute in Vergessenheit geraten. In der DDR waren sein Name und Bild überall, seine Texte und Gedichte waren allseits bekannt und wurden in der Schule auswendig gelernt. Erich Weinert (1890-1953) war ein populärer Kabarettist in der Weimarer Zeit. In Magdeburg geboren, kämpfte er im Ersten Weltkrieg. Danach schrieb er zahlreiche Gedichte mit kritischem und engagiertem Schwung. 1929 trat er in die Kommunistische Partei ein; nach 1933 emigrierte er in die Schweiz, nach Frankreich und schließlich in die Sowjetunion. In der UdSSR war der Schriftsteller 1943 bis 1945 Präsident des „Nationalkomitees Freies Deutschland“. Er gehörte somit zu den Gründern der DDR und wurde zweimal durch die Verleihung des Nationalpreises geehrt. In den Brandenburgischen Neuesten Nachrichten (1960) konnte man lesen, dass er „zu den markantesten und volkstümlichsten Freiheitsdichtern deutscher Sprache“ zählte.

Die Plastik im Lienaupark stammt von Herbert Burschik (1922-1990), der ab 1959 in Eisenhüttenstadt lebte und arbeitete. Laut Gisela Burschik, der Witwe des Künstlers, entschied er sich nach dem Studium für Eisenhüttenstadt – obwohl ihm Weimar andere Möglichkeiten bot –, weil diese neu geschaffene Stadt eine besondere Herausforderung darstellte. Hier nahm Burschik an Projekten der Stadtplanung teil. Unter anderem verfasste er mit einem „Autorenkollektiv“ 1969 einen ausführlichen Bericht: „Künstlerisch-ideologische Disposition für Eisenhüttenstadt“. Die „erste sozialistische Stadt auf deutschem Boden“ bot damals die Gelegenheit, eine enge Verbindung zwischen Architektur, Stadtplanung und Kunst zu entwickeln, was Burschik sehr schätzte. Tatsächlich war der Künstler weit über Eisenhüttenstadt begehrt. Wer durch Frankfurt einen Spaziergang macht, stößt oft auf seine Werke. Er ist fast überall: im Lennépark, am Topfmarkt, im Lienaupark, in Hansa Nord, sogar im Schießsportzentrum.

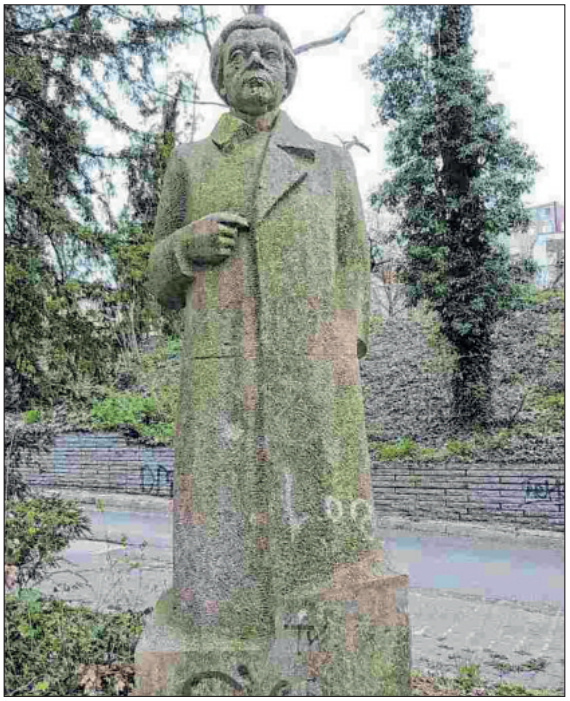
Das Werk Burschiks war in das sozialistische Programm einer populären, öffentlichen, realistischen und engagierten Kunst eingebettet. In Frankfurt ist das beste Beispiel dafür der „Bauarbeiter“, der heute vor dem Überbetrieblichen Ausbildungszentrum (Bauwirtschaft) steht. Über Burschik schrieb damals der Stadtrat für Kultur in Eisenhüttenstadt, Frank Gericke: „Mit seinem langjährigen Wirken in unserer Stadt hat er dazu beigetragen, das sozialistische Leben in seiner Vielfalt wirklichkeitsnah und parteilich mit zu gestalten. Seine vielfältigen Kunstwerke sind Ausdruck der lebensfrohen zukunfts- und siegesgewissen Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft.“

Der Künstler selbst formulierte 1978 auch sehr klar: „Das Progressive in unserer sozialistischen Entwicklung will ich in einer plastischen Form ausdrücken.“ Als Mitglied der SED bis zum Ende der 1980er-Jahre war er auch aktiv in der Parteigruppe des Verbandes Bildender Künstler der DDR.

Im Nachlass bei der Familie werden die verschiedenen Aufnahmen, die er benutzte, um seinen „Weinert“ zu schaffen, noch aufgehoben. Es gibt Porträts von Weinert, aber auch Fotos aus dem Spanischen Bürgerkrieg, mit Weinert als Redner, und aus dem Zweiten Weltkrieg. Burschik mochte es, draußen zu arbeiten. Er erwarb ein Grundstück in Bomsdorf, Vorwerk, wo er die Plastik für die Freilicht-Bühne „Erich Weinert“ 30 Jahre nach deren Einweihung (1953), also 1983, schuf.

Von der Freilichtbühne gibt es heute keinerlei Spur mehr, deshalb wirkt die Plastik so verlassen. Und sie ist nicht die einzige. Weitere „Weinerts“ von Burschik sind auch in Eisenhüttenstadt und Seelow zu sehen.

Seine Witwe Gisela, die noch in Eisenhüttenstadt lebt, erinnert sich trotzdem, dass ihr Mann mehr Lust auf andere Werke, besonders formalere hatte. Eine abstrakte Handschrift zeigt sich unter anderem auf dem Bahnhofsvorplatz Frankfurts mit „Das Leben“ (1989). Schwierig, hier keine Spannung oder einen Spagat zwischen den beiden Polen des Werkes – total realistisch und ganz abstrakt – zu erkennen. Diese Spannung äußerte sich auch politisch – laut Gisela – bei den Burschiks. Selbst Baustofftechnologin im Zementwerk, hat sie die „zwei Wahrheiten“ der DDR beobachtet: den idealen Plan und die konkreten Schwierigkeiten und „Verlogenheiten“. Das facettenreiche Leben Herbert Burschiks zwischen Kunst und Politik endete 1990, zeitgleich mit der DDR.



In Frankfurt: Diese Erich-Weinert-Skulptur steht im Lienaupark im Eingangsbereich der einstigen Freilichtbühne. Foto: Nicolaus Offenstädt

Denkmal am grünen Hang: Vor dem Karl-Liebknecht-Gymnasium an der Rosa-Luxemburg-Straße befindet sich das vom Künslter Arnd Wittig geschaffene ungewöhnliche Monument „Antifaschistischer Widerstand“. Foto: Rita Aldenhoff-Hübinger

Konkurrenz ums Gedenken

Artikel: siehe nächste Seite

Konkurrenz ums Gedenken

Denkmal Antifaschistischer Widerstand am Luxemburg-Berg war nicht unumstritten

Von Rita Aldenhoff-Hübinger

Frankfurt. **Auf die Suche nach „Spuren der DDR“ gehen die Historiker Rita Aldenhoff-Hübinger und Nicolas Offenstadt gemeinsam mit Viadrina-Studenten. Unter dem gleichen Titel veröffentlichen sie im Stadtboten ihre Erkenntnisse. Die heute erscheinende letzte Folge der Serie widmet sich dem ungewöhnlichen Denkmal „Antifaschistischer Widerstand“.**

Spuren der DDR

MOZ-Serie

Man nimmt es kaum wahr im Vorbeifahren: das Denkmal „Antifaschistischer Widerstand“ von Arnd Wittig (1921–1999) aus dem Jahre 1985. Fast verborgen hinter Bäumen liegt es am grünen Hang vor dem Karl-Liebknecht-Gymnasium an der Rosa-Luxemburg-Straße. Die vier Figuren aus Stein stellen eine Frau dar, die sich über einen Toten beugt. Gestaltung und Art der Haltung, mit Umhang und halb verborgenem Gesicht, erinnern an die trauernde Mutter in der berühmten Plastik von Käthe Kollwitz. Doch hier steht daneben ein Paar: ein Mann, den Arm schützend um eine Frau gelegt; sie lassen sich nicht von Terror und Schmerz beugen, ihre Haltung ist aufrecht. Der Sockel trägt die Inschrift: „Den Opfern des Faschismus gewidmet 1933–1945“. Das Denkmal war umstritten, denn es gab bereits ein älteres Mahnmal und einen konkurrierenden Entwurf.

Mahnmal „Opfer des Faschismus“: Es wurde 1949 im Lennépark errichtet und später abgebaut. Foto: Bernhard Klemm

Bereits 1949 wurde im südlichen Teil des Lennéparks ein Mahnmal „Opfer des Faschismus“ errichtet. Betrachtet man ältere Bilder dieses so kurz nach Kriegsende geschaffenen Denkmals, bemerkt man die ganze Ernsthaftigkeit und Last dieser Zeit. Der Grundriss war dreieckig, auf den beiden Elementen aus Sandstein mit Opferschale befanden sich zwei Inschriften: „Die Toten mahnen die Lebenden“ sowie eine weitere, wiederum in einem Dreieck, „Den toten Opfern“ zwischen 1933 und 1945. Das Dreieck war gewählt worden, weil es in unterschiedlichen Farben von den Gefangenen in den Konzentrationslagern zur Kennzeichnung an der Kleidung getragen werden musste. Der „rote Winkel“ (rotes Dreieck) zur Kennzeichnung politischer Gefangener war auch das Zeichen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Die VVN, die zunehmend unter den Druck des neuen Regimes geriet, initiierte in vielen deutschen Städten Gedenkstätten. Regelmäßig fanden in Frankfurt nicht nur offizielle Kranzniederlegungen und Gedenkveranstaltungen statt, am 8. Mai, dem „Tag der Befreiung“ und am 9. September, dem „Tag der Opfer des Faschismus“. Seit Beginn der 1980er Jahre legten hier auch Brautpaare Blumensträuße nieder. Es ist also nicht verwunderlich, dass der Entschluss des Rats der Stadt Ende der 1970er Jahre, ein neues Mahnmal zu schaffen und das alte danach abzubauen, bei vielen Frankfurtern auf Befremden stieß.

> Denkmal sollte in das geschäftliche Leben der Stadt integriert werden

Zunächst war vorgesehen, für das neue Denkmal Wieland Förster zu beauftragen. Das von ihm geschaffene „Große Martyrium“ galt aber als ungeeignet für die neue Anlage an der Rosa-Luxemburg-Straße. Den beteiligten Entscheidungsträgern erschienen die ineinander übergehenden, gemarterten Körper als zu wenig figürlich, als zu abstrakt und zu selbstbezogen – vielleicht auch als zu wenig geeignet für offizielle Anlässe und Kundgebungen? Wieland Försters Werk jedenfalls wurde erst 1995 in Frankfurt aufgestellt, wo es noch bis vor Kurzem an der südöstlichen Ecke der Konzerthalle zu sehen war. Das Mahnmal für die Anlage an der Rosa-Luxemburg-Straße schuf stattdessen Arnd Wittig. Auch er gehörte zu den renommierten Künstlern, die Frankfurt eng verbunden waren. Zwischen 1967 und 1971 hatte er, bevor er nach Schwedt ging, hier gelebt und an der Gestaltung des Karl-Marx-Denkmals von 1968 mitgewirkt.

Auch bei dieser Gelegenheit arbeitete er schon mit dem damaligen Frankfurter Stadtarchitekten Manfred Vogler zusammen. Daran wurde wieder angeknüpft. Das Mahnmal sollte, so der Oberbürgermeister Fritz Krause zur Einweihung im Mai 1986, ganz im Einklang mit der offiziellen Linie, die Überlebenden des antifaschistischen Kampfes ehren, der Opfer gedenken und eine Mahnung und Verpflichtung an die lebenden und kommenden Generationen sein. So wichtig wie die Auswahl des Künstlers war die Auswahl des Standorts, wie sich Manfred Vogler erinnert. Das Denkmal sollte nicht in dem ruhigen Stadtpark stehen, sondern in das geschäftige Leben der Stadt integriert werden. Die Lage an der Straße, die zur Grenze, der „Oder-Neiße-Friedensgrenze“, nach Polen führt, wurde bewusst gewählt als Zeichen der Verbundenheit.

Auch sprach für den Standort, dass er den auf der Anhöhe liegenden Neubauvierteln, die als „Stadtkrone“ konzipiert waren, vorgelagert war. Der Bogen zur jüngeren Generation wurde geschlagen dadurch, dass sich unmittelbar hinter der neuen Anlage das Lehrerbildungsinstitut befand, das heutige Karl-Liebknecht-Gymnasium. Die Anlage war somit Bestandteil einer neuen, weitausgreifenden städtischen Raumplanung.